

Das gesamte Werk ist für 15,- € erhältlich im Buchhandel oder direkt zu bestellen beim AnderweltVerlag unter anderweltverlag.com

Unsere Vision: Zufriedene Menschen in einer gerechten Welt

Das Wohlergehen aller Menschen steht im Vordergrund allen Strebens, nicht der Profit einiger Weniger.

Grundlage ist ein Solidarprinzip, das von allen getragen wird und von dem jeder partizipiert, der der Unterstützung bedarf.

Jedem Bürger – vom Säugling bis zum Greis – steht ein „gesichertes Grundeinkommen“ in gleicher Höhe zu.

Jeder Arbeitsfähige hat die Freiheit, diese Grundsicherung durch mehr Leistung seinen individuellen Bedürfnissen entsprechend zu erhöhen.

Auf produktive Arbeit sowie auf wertschöpfende und gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen wird keine Lohnsteuer erhoben.

Die Wertaufbewahrung erfolgt nach einem Umlageverfahren in einem „Wertspeicher“, vergleichbar dem deutschen Rentensystem.

Das Kredit- und Bankenwesen auf der Basis von Zins und Zinseszins wird abgeschafft.

Das Primat der Politik ist gesichert, weil es keine Kapitalansammlungen mehr geben kann, durch die die Politik erpressbar wird.

Die Kontrolle des Staates über seine Bürger wird weniger, wodurch die Menschen eine nie gekannte Freiheit erfahren.

Dieses hohe Maß an Freiheit für den Einzelnen bedarf eines klaren, unmissverständlichen und konsequent angewandten Reglements.

Die hier thesenhaft aufgeführten Eckpunkte der *Humanen Marktwirtschaft* mögen dem Leser einen ersten Eindruck vermitteln, wohin unsere „Reise“ führt. Im 2. Teil des Buches werden diese und weitere für die Realisierung unseres Modells notwendigen Postulate detailliert erläutert, aufgeschlüsselt und miteinander verknüpft.

Bei aller möglicherweise vorhandenen Neugier, möglichst schnell die Details unseres Modells einer zukunftsorientierten und zutiefst humanistischen Gesellschaftsordnung zu erfahren, appellieren wir an unsere Leser, den 1. Teil nicht zu „überspringen“. Es ist wichtig zu wissen, wo ich stehe, ehe ich mich daran mache, die Vision von einem besseren Leben zu entwickeln und ihr zu folgen.

Dem aufmerksamen Leser wird nicht entgehen, dass wir manche Statements mehrfach zur Sprache bringen. Das ist so gewollt. Zum einen, um komplizierte Vorgänge durch die Betrachtung aus unterschiedlichen Perspektiven noch verständlicher zu machen, zum andern weil manche Fakten so brisant sind, dass sie es verdienen, mehrfach genannt und während des Lesens direkt in Erinnerung gerufen zu werden.

Die einzelnen Kapitel:

Teil 1

Status Quo eines untauglichen Systems

Wie das System von Bretton Woods ausgehebelt wurde und die fatalen Folgen für die Weltwirtschaft

3.000 Mrd. Euro – verschwunden im „Finanznirwana“

Geld als Ware – Es jubelt der Spekulant

Turbokapitalismus und Globalisierung

Gewerkschaften als Handlanger

Die „Finanzwaffe“ ist gnadenlos

Wir haben kein Geld, nur Schulden

Mechanismen des Scheiterns:

1. Inflation

2. Kapitalertrag

Geld und Geldeswert

In die Rente wird nicht eingezahlt

Geld kann nicht arbeiten, sich aber wundersam vermehren

Ein Prozent besitzt ein Drittel aller Privatvermögen

Die Großen „fressen“ die Kleinen

Die unkontrollierbare Macht des Öls

Geld und Arbeit(-losigkeit)

Bilanz des Schreckens

Das ungerechte System von Zins und Zinseszins

Jeder Wunsch soll sofort in Erfüllung gehen

Wo hat der Staat Schulden und warum?

Braucht eine Währung eine (Gold-)Deckung?

Versprechen taugen nur, wenn sie eingehalten werden

Ist zuverlässige Wertaufbewahrung mit Geld möglich?

Der Trick mit der „Sparbuch-Praxis“

Schuldscheine mit vagen Versprechen

Die Genialität des deutschen Rentensystems

Unser Wohlstand – und wie es dazu kam

Basis jeder Volkswirtschaft ist die Produktion

Dienstleistungen im Übermaß

Produktive Arbeit vs. Dienstleistungen

Eine Hypothek auf die Zukunft gibt es nicht

Teil 2

Unser Modell einer Humanen Marktwirtschaft:

Radikal neues Denken und Mut zur Vision

Die Zukunft gestalten

Das Prinzip des „fließenden Geldes“

Die Zukunft wird planbar

Arbeit, Geldmengen und der Wertspeicher

Der Wertspeicher – tragendes Element im System

Bargeld horten lohnt sich nicht

Leben ohne Lohnsteuer

Die Finanzierung des Staatswesens

Marktverzerrende Subventionen sind passé

Ein gesichertes Grundeinkommen garantiert den sozialen Frieden

Die Finanzierung

Eigenverantwortliche Altersvorsorge

Beamtenpensionen und Betriebsrenten

Einheitliches Gesundheitswesen

Bargeld und bargeldähnliche Zahlungsmittel

Banken und Versicherungen

Restriktive Kreditvergabe

Keine Kapitalbildung mehr bei Versicherungen

Sterben und erben

Internationaler Handel und Zahlungsausgleich

Ausgeglichene Handelsbilanzen sind das Ziel

Aktien & Börsen

Feste Wechselkurse

Vor allem die Landwirtschaft muss wieder human werden

Übergang zum neuen System

Epilog

Mögliche Fragen

Hier stellen wir die Auszüge aus dem Werk „Die Humane Marktwirtschaft“ vor:

Immer wieder wird behauptet, man würde schon jetzt etwas aus der Zukunft verbrauchen. Das ist Unsinn. Man kann die Zukunft nicht einmal „beleihen“.

Eine Hypothek auf die Zukunft gibt es nicht

Man kann ein Versprechen für die Zukunft leisten. Das geht durchaus und ist in vielfältiger Hinsicht gängige Praxis. Um dieses Versprechen für den Empfänger besonders glaubhaft zu gestalten, muss man es jedoch mit einem weiteren Versprechen absichern. Üblicherweise mit einem Pfand, das man dem Empfänger überschreibt, bis das Versprechen eingelöst ist. Dieses Pfand muss aber bereits existieren, also der Vergangenheit entstammen. Man nimmt eine Hypothek auf, auf ein bereits existierendes Objekt. Das Wort Hypothek kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Unterpfand“. Landläufig wird damit der Vorgang beschrieben, eine Immobilie an einen Kreditgeber zu verpfänden, als Sicherheitsleistung für einen Kredit.

Alles, was wir verbrauchen (können), entstammt der Vergangenheit. Bevor wir das Butterbrot essen dürfen, muss es geschmiert worden sein. Wir können zwar ein Versprechen abgeben, das sich auf etwas bezieht, das es noch gar nicht gibt, aber wir können nicht garantieren, dass wir dieses Versprechen einhalten werden (können). Es hilft auch nicht, wenn dieses Versprechen mit größtem Ernst und bestem Willen abgegeben worden ist. Alles, was sich auf die Zukunft bezieht, ist immer einer Unsicherheit unterworfen. Was wir aber tun können, ist, die Wahrscheinlichkeiten berechnen und die Chancen auf Erfüllung dieser Wahrscheinlichkeiten verbessern.

Selbst wenn wir – zum Beispiel mit einer Hypothek auf ein Gebäude – ein Versprechen absichern, gibt es noch lange keine absolute Gewissheit, dass das Besicherungsobjekt auch tatsächlich noch existiert, wenn der Besicherungsfall eintritt. Ein Feuer oder eine Naturkatastrophe kann es zerstört haben. Um auch diesen Fall abzusichern, gibt es Versicherungen. Was aber, wenn die Zerstörung durch eine Naturkatastrophe großflächig ist, so umfassend, dass die Versicherung überfordert ist? Dann gibt es noch die Rückversicherung, bei der sich die Versicherungsgesellschaften selbst versichern. Natürlich ist aber auch der Fall denkbar, dass sogar die Rückversicherungen überfordert sind. Halten wir also fest: Die Erfüllung eines Versprechens ist immer davon abhängig, dass sich die Zukunft auch genau in der vorgesehenen Weise entwickelt, damit das Versprechen eingehalten werden kann.

Um diese Wahrscheinlichkeit zu verbessern, ist es sinnvoll, das Risiko möglichst breit zu streuen. Das heißt, je größer eine Versicherungsgemeinschaft und Rückversicherungsgemeinschaft ist, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass Versprechen für die Zukunft eingehalten werden können. Absolute Sicherheit kann es, wie bereits gesagt, nicht geben.

In Erkenntnis dieser Tatsache stellt sich die Frage, inwieweit es sinnvoll sein kann, eine Vielzahl von konkurrierenden Versicherungen zuzulassen. Wäre es nicht besser, eine einzige Versicherung zu haben, die die Solidarität aller für alle repräsentiert? Letztlich nicht einmal mehr aufgeteilt in nationale Entitäten, sondern global, für alle Menschen? Dass dieser Gedanke keine reine Utopie ist, beweist die globale Solidarität, die nach Katastrophen zum Tragen kommt, wenn eine Nation von einer Katastrophe überfordert ist. Um also die größtmögliche Wahrscheinlichkeit für eine abgesicherten Zukunft zu erlangen, sollte das weltweite Versprechen gelten, sich nötigenfalls weltweit gegenseitig zu helfen.

Befreien wir diesen Gedanken aus der reinen Theorie und geben ihm Gestalt durch ein realistisches Beispiel: Wenn eine Region durch Naturereignisse eine Missernte erleidet, müssen die Regionen, die Überschüsse produzieren, die notwendigen Nahrungsmittel liefern. So sollte es sein. In der realen Welt, die wir (noch) erleben müssen, geschieht jedoch das Gegenteil. Gierige, gewinnsüchtige Spekulanten nutzen die Not der einen aus, um aus dieser Not maximalen Gewinn zu ziehen. Es wird auf Lebensmittelpreise spekuliert, wodurch es für diejenigen, die sowieso schon zu leiden haben, noch viel schlimmer wird. Sie erhalten die knappen Lebensmittel nicht mehr zu

normalen Preisen, sondern müssen aus ihrer ohnehin schon angeschlagenen Volkswirtschaft auch noch die Spekulationsaufschläge bezahlen. Gerade das ist es, was aus einer vorübergehenden Störung erst ein langanhaltendes Problem macht. Um die spekulativ erhöhten Lebensmittelpreise bezahlen zu können, müssen sich diese Länder verschulden und mit der Bürde des Zinsdienstes werden sie auch in Jahren mit normalen Ernten nicht zurückkehren können zu dem Zustand, den sie vor der Missernte hatten. Auf unabsehbare Zeit werden sie weiterhin Geld aus ihrer Volkswirtschaft an jene abführen müssen, die bereits ihren Reibach mit den erhöhten Lebensmittelpreisen gemacht haben.

Der ideale Zustand einer lebenswerten Welt für alle setzt ein universell gefestigtes Bewusstsein voraus, das alle Menschen danach streben lässt, alles zu tun, damit es allen Menschen so gut wie möglich geht. Reine Utopie? Ja! – Solange unser Gott Geld heißt. Aber genau darum geht es uns. Wir wollen diesen Götzen entlarven als das, was er ist: Das Grundübel für Not und Elend auf dieser Welt, hervorgerufen durch die rigorose Abkehr von solidarischem Handeln zugunsten egoistisch-individuellen Gewinnstrebens, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse Anderer. Hier verhält es sich genau so wie mit dem Weltfrieden. Fast – leider nur fast – jeder sieht im Weltfrieden die wünschenswerteste Zukunft und gleichzeitig tut fast jeder diese tief im Menschen verwurzelte Sehnsucht als unmögliche Utopie ab. Warum ist das so? Wenn fast alle dasselbe wünschen, dann sollte dieses Ziel doch auch erreichbar sein. Sagt der gesunde Menschenverstand – doch von dem wird unsere Welt nicht regiert.

Das größte Hindernis für den Weltfrieden ist die Möglichkeit einiger Weniger, mit Hilfe des Geldsystems ein Luxusleben auf Kosten Anderer zu führen – vieler Anderer. Wollen wir also Weltfrieden und eine echte Solidargemeinschaft, dann muss das System so verändert und von Grund auf neu aufgestellt werden, dass es nicht mehr möglich ist, seinen persönlichen Luxus um ein Vielfaches größer zu gestalten, als die eigene Leistung es gestatten würde. Das wird nur erreichbar sein, wenn die wundersame Vermehrung des Geldes aus sich selbst heraus unmöglich ist.

Zurück zur Hypothek auf die Zukunft, die es nicht geben kann. Ja, wir können weiterhin mit unserer Zukunft Schindluder treiben, wenn wir sorglos mit natürlichen Ressourcen umgehen, Rohstoffe vergeuden und uns der Wegwerfgesellschaft unterwerfen. Obsoleszenz ist in diesem Zusammenhang als eines der größten Verbrechen an der Menschheit zu nennen. Obsoleszenz heißt, Dinge nicht so gut und haltbar wie möglich zu produzieren, sondern deren Lebensdauer künstlich zu verkürzen, indem bereits bei der Herstellung ein Fehler eingebaut wird, der zu frühzeitigem Schaden führt und das Gerät durch ein neues ersetzt werden muss. Nicht nur das. Die Reparatur eines defekten Geräts wird ebenfalls bereits im Design unmöglich gemacht oder zumindest so teuer, dass es sich nicht lohnt. Obsoleszenz hat nur ein Ziel: Gewinn aus andauernden, aber volkswirtschaftlich vollkommen unsinnigen Neuverkäufen zu ziehen. Obsoleszenz heißt Arbeit um der Arbeit Willen, also unsinnige Arbeit, oder noch brutaler, Arbeit um des Gewinns einer kleinen Elite Willen.

Bei all ihrem egoistischen Gewinnstreben übersehen die Profiteure eine Realität, wie sie die Geschichte oft genug gezeigt hat: Früher oder später wird ein Zustand erreicht, der zu Aufständen der Benachteiligten führen muss, was in aller Regel mit Blutvergießen verbunden ist. Die französische Revolution mag als ein hinreichend bekanntes Beispiel genügen. Wer also ein Wohlleben für sich anstrebt, sollte immer gewahr sein, dass es ihm nur dann dauerhaft gut gehen kann, wenn er es nicht nur zulässt, sondern sich aktiv darum bemüht, dass es Anderen auch gut geht.

Ein weiterer Aspekt in diesem Kontext darf auch nicht vernachlässigt werden: Geld ist vergänglich und der Besitz von Geld bietet eben keinesfalls eine Garantie dafür, dass man in Zukunft in sorgenfreiem Luxus leben kann. Dieses Ziel kann nur erreicht werden,

wenn ein System der Versprechungen existiert, das allen dient und genau deswegen von allen nicht nur akzeptiert, sondern gewünscht und gefördert wird.

Betrachten wir den Zustand der Welt, in der wir leben, müssen wir konstatieren, dass die Wirkmechanismen genau gegenläufig sind. Jeder Mensch mit klarem Verstand weiß, dass die aktuell im Raum stehenden Versprechen niemals eingehalten werden können. Damit meinen wir insbesondere den realen Schuldenstand der Welt. Kein Land wird seine Schulden je begleichen können. Schulden zu haben bedeutet aber in allererster Linie das Versprechen, diese zurückzuzahlen. Jedem, der eins und eins zusammenzählen kann und das ausbeuterische System von Zins und Zinseszins einigermaßen durchschaut, ist absolut klar, dass die für die Zukunft gegebenen Versprechen nicht eingehalten werden (können). Das ist keine Hypothek auf die Zukunft, sondern ein gigantisches Verbrechen an der Menschheit, das nur einem einzigen Zweck dient: Die Menschen mit Versprechen „bei der Stange zu halten“, von denen die Profiteure ganz genau wissen, dass diese „Versprechen“ von Anfang an eine Lüge waren und sind.

Fazit: Als Voraussetzung für einen wirklichen Neuanfang muss dem Zustand von bereits im Ansatz gebrochenen – weil unerfüllbaren – Versprechen radikal ein Ende gesetzt werden. Absolute Grundlage für diesen Neuanfang muss sein, dass jedes gegebene Versprechen erfüllbar ist und bleibt und gleichzeitig bestehende unhaltbare Versprechen für ungültig erklärt werden. Das erfordert unweigerlich ein globales Insolvenzverfahren, da das mit den Kreditaufnahmen gegebene Versprechen, die Schulden zurückzahlen zu wollen, niemals mehr eingehalten werden kann – von keinem Staat. Geld oder Schulden unterliegen in keiner Weise irgendeinem Naturgesetz. Beides ist Menschenwerk und alles, was der Mensch geschaffen hat, kann er auch wieder ändern. Damit obliegt es ausschließlich den Menschen selbst, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Einhaltung künftiger Versprechen allen Menschen – und hier liegt die Betonung auf allen – zum Vorteil gereicht. Das ist ein wahrhaft humanistisches Ziel

Das tragende Element ist der „Wertspeicher“, der nach dem Vorbild des deutschen Rentensystems angelegt ist.

Hier der Auszug aus dem Buch:

Arbeit, Geldmengen und der Wertspeicher

Grundgesetz Artikel 14, Absatz 2: *Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*

Grundsätzlich gilt: In einer Volkswirtschaft kann – dauerhaft – nur soviel konsumiert werden wie produziert wird. Damit alle produzierten Güter gekauft werden können, müssen die Konsumenten auch so viel Geld zu ihrer Verfügung haben, wie der Wert aller Produkte und Dienstleistungen ausmacht. Nicht nur das. Je effizienter produziert wird, desto weniger Arbeitskraft muss für die Produktion verwendet werden und wer nicht an der Produktion teilhat, kann sich im Bereich Dienstleistung nützlich machen. Der Dienstleistungssektor an sich ist ein teilweise sich selbst genügendes System, das allerdings in nicht unerheblichem Maße auch auf eine leistungsfähige Produktion angewiesen ist.

Das Verhältnis zwischen Produktion, deren Effizienz und den Dienstleistungen ist **der** wesentliche Faktor für den Wohlstand einer Volkswirtschaft. Nach jetzigem Stand der Technik, sollte dieses Verhältnis keinesfalls weniger als eins zu drei sein. Die Situation in Deutschland ist diesbezüglich bereits ideal: Ein Produzierender steht drei Dienstleistern

gegenüber – genauer gesagt sind 26 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland im produzierenden Gewerbe beschäftigt. (Man vergleiche: Griechenland: 12 Prozent; USA und England ebenfalls 12 Prozent.) Hier wird erkennbar, wo die Probleme dieser Volkswirtschaften liegen, wobei Griechenland diesbezüglich noch einen entscheidenden Vorteil hat, wie wir gleich sehen werden.

Betrachten wir zunächst Deutschland mit seinen gerundet 80 Millionen Einwohnern und gehen der Einfachheit halber von 25 Prozent Produzierenden aus. Da aber etwa nur die Hälfte der Bevölkerung einer bezahlten Beschäftigung nachgeht, heißt das, dass ein Produzierender die benötigten Güter für sich und sieben weitere Bürger herstellt. Nehmen wir nun Griechenland mit seinem Anteil an Produzierenden von nur 12 Prozent (der Einfachheit halber nehmen wir hier 12,5 Prozent), dann muss in diesem Land ein Arbeiter alle benötigten Güter schon für 16 Konsumenten herstellen. Dass in einem solchen Missverhältnis nicht derselbe Wohlstand wie in Deutschland mit einem Produktivanteil von 25 % (siehe oben) erreicht werden kann, liegt auf der Hand. Hinzu kommt, dass in Deutschland durchgängig erheblich effizienter produziert wird, indem mehr und bessere Maschinen eingesetzt werden, also mehr menschliche Arbeitskraft durch Energie ersetzt wird.

Griechenland hat also einen deutlich überhöhten Anteil an Dienstleistung und man fragt sich: Wie können die Griechen dann überhaupt ein halbwegs auskömmliches Leben gestalten? Der Tourismus macht's möglich. Eine sehr große Zahl der Menschen arbeitet als Dienstleister im Bereich Fremdenverkehrswirtschaft und Gastgewerbe. Das wiederum ist nur möglich, weil viele ausländische Gäste ihren Urlaub in Griechenland verbringen wollen. Diesen Umstand in die (grenzüberschreitende) Betrachtung von Produktion und Dienstleistung einbeziehend ist festzuhalten, dass mit dem hohen Produktivanteil in Deutschland Dienstleistung in Griechenland zugekauft wird. Der Dienstleistungssektor Tourismus in Griechenland lebt also vom Produktivüberschuss Deutschlands (und anderer Länder) und verbessert damit die Bilanz des Verhältnisses zwischen Produktion und Dienstleistung.

Diesen Faktor können die USA oder England mit dem ebenfalls geringen Produktivanteil nicht in dem Maße für sich beanspruchen, weil dort der Anteil an ausländischen Touristen im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung geringer ist.

Um nochmals zu verdeutlichen, wie sich das Verhältnis Produktion/ Dienstleistung zwischen zwei Ländern ausgleichen kann, stellen wir ein theoretisches Modell im Extremen vor. Angenommen, zwei annähernd gleich große Länder haben, was Produktion und Dienstleistung anbelangt, genau das gegenteilige Verhältnis: In einem beträgt der Anteil an Produktion 50 Prozent, das andere hat überhaupt keine nennenswerte Produktion. Ist das Land ohne Produktion aber das exklusive Urlaubsland für das andere, so kann das Verhältnis Produktion/Dienstleistung für beide zusammen gerechnet werden. Diese beiden Länder ergänzen sich also und haben im gemeinsamen Durchschnitt ein Verhältnis Produktion/ Dienstleistung von eins zu drei, also 25 Prozent Produktivanteil. Dass dieses Gedankenspiel nicht völlig aus der Luft gegriffen ist, lässt sich an Urlaubsziele wie die Malediven oder andere kleine Inselstaaten nachvollziehen. In diesem Sinn wird ersichtlich, dass bei der Beurteilung einer Volkswirtschaft die internationalen Faktoren nicht vernachlässigt werden dürfen und reine Dienstleistung (z. B. Tourismusindustrie) einen Staat durchaus funktionsfähig halten kann, wenn an anderen Orten genügend produziert wird.

Geldmenge

Die Geldmenge, die eine Volkswirtschaft zur reibungslosen Funktion benötigt, muss nicht nur den Wert aller Güter abdecken, sondern auch die Entlohnung der Dienstleister. Die umlaufende Geldmenge muss der Summe aller Arbeitseinkommen entsprechen, die jeden

Monat ausbezahlt werden. Tatsächlich muss es etwas mehr sein, um einen Puffer zu haben, der das in den Portemonnaies der Bürger enthaltene Geld ausgleichen kann. Keinesfalls darf diese Geldmenge kleiner sein, als die Summe aller Arbeitseinkommen. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass alle Waren und Dienstleistungen im monatlichen Rhythmus verkauft und auch bezahlt werden können. Was passiert aber mit dem Geld, das von der arbeitenden Bevölkerung – Produktion und Dienstleistung – nicht ausgegeben, sondern angespart wird? In gewisser Weise muss auch dieses Geld ausgegeben werden, sonst funktioniert das System des „fließenden Geldes“ nicht.

Der Wertspeicher – tragendes Element im System

Geld, das von der arbeitenden Bevölkerung nicht ausgegeben wird, muss folglich von denjenigen ausgegeben werden, die noch nicht oder nicht mehr arbeiten (können). Hier kommt die Funktion des Wertspeichers zum tragen. In diesem Pool landet alles Geld, das von den Arbeitnehmern und den Selbständigen nicht zur unmittelbaren Konsumbefriedigung eingesetzt wird. Wer bereits im Rentenalter ist, hat Vorsorge getroffen, indem er im Laufe seines Arbeitslebens Ansprüche erworben – und nicht verbraucht – hat, die ihm Zugriff auf das Geld im Wertspeicher garantieren. Hier sei nochmals daran erinnert, dass in einer Volkswirtschaft auf Dauer nur so viel konsumiert werden kann, wie in dieser produziert wird. Auf der anderen Seite muss aber auch alles konsumiert, verbraucht, verkauft werden, was an Produkten und Dienstleistungen verfügbar ist. An der Stelle kommt auch in der *Humanen Marktwirtschaft* die klassische Marktwirtschaft als solche zum Tragen: Angebot und Nachfrage werden sich in einen für die jeweiligen Umstände funktionalen Zustand einpendeln.

Anmerkung: Bei der Umstellung des alten Systems auf die Humane Marktwirtschaft werden die Rentenansprüche umgewandelt in Zertifikate, die Zugriff auf den Wertspeicher gestatten. So wird das Rentensystem gleichsam übergangslos und ohne individuelle Verluste weitergeführt.

Diese Marktdynamik hat immerhin bereits dazu geführt, dass die Mehrzahl der Menschen hierzulande in einem gewissen Überfluss leben kann und trotzdem reguliert sich der Markt so, dass es kaum Produkte gibt, die unverkäuflich sind, eingelagert oder gar vernichtet werden müssen – den Lebensmittelbereich ausgenommen. Im Grunde lebt die weitaus überwiegende Mehrheit in unserer Gesellschaft wie die Fürsten in früheren Zeiten. Wir haben keinen Mangel an Nahrung, im Gegenteil erfreuen wir uns der oftmals exotischsten Früchte aus fernen Kontinenten, zu jeder Jahreszeit. (Ob das immer sinnvoll ist, lassen wir dahingestellt und auch auf die ebenso maßlose wie unnötige Verschwendung von Lebensmitteln wollen wir an der Stelle nicht weiter eingehen.)

Wir leben in Behausungen, die einen Komfort bieten, der selbst Fürsten versagt war, zumindest was Temperierung und sanitäre Anlagen betrifft. Wir können jederzeit einen Wagen mit Chauffeur anfordern (Taxi) und viele haben einen eigenen Fuhrpark (Auto, Motorrad, Fahrrad) zur Verfügung. Die niederen Tätigkeiten wie Wäschewaschen oder Geschirrspülen werden von Energiesklaven erledigt und auch bei der Reinigung der Wohnung stehen uns diese hilfreich zur Seite. Zu bemängeln – zu verbessern – gibt es eigentlich nur, eine gerechtere Verteilung herbeizuführen und auf diese Weise eine drastische Verbesserung der Lebensumstände am unteren Ende der Sozialskala.

Wir haben bereits festgestellt, dass das Geld, das von der arbeitenden Bevölkerung nicht ausgegeben wird und in den Wertspeicher fließt, weitgehend von denjenigen entnommen und in Umlauf gebracht wird, die nicht am aktiven Arbeitsprozess beteiligt sind. Solange eine Volkswirtschaft insgesamt mehr erwirtschaftet, als von allen für den täglichen Lebens- und Luxusbedarf verbraucht wird, wird nicht angeforderte Arbeitsleistung, also Geld, im Wertspeicher übrig bleiben. Hier hat der Staat seine wichtige Aufgabe. Er muss diesen Überschuss zum Wohle der Bürger ausgeben, indem er

beispielsweise Infrastruktur schafft oder verbessert oder den Bürgern Schulen, Kitas, Bibliotheken, Kultur- und Sportstätten und andere soziale Einrichtungen zur Verfügung stellt. Dadurch entsteht ein urdemokratischer Zustand.

Die Bürger selbst, also der Souverän, entscheiden darüber, wie viel Geld/Arbeitsleistung dem Staat für zusätzliche Aufgaben zur Verfügung steht. Der Staat kann, darf und muss nur das verwenden, was ihm die Bürger im Wertspeicher übrig lassen, denn er, jeder einzelne Inhaber von Anrechtsscheinen ist es, der immer den ersten Zugriff auf den Inhalt des Wertspeichers hat. Der Staat erhält vom Verwalter des Wertspeichers in regelmäßigen Abständen die Meldung, wie viel dort übrig geblieben ist, nachdem die Bürger ihre Entnahmen getätigt haben und die Kreditvergabe über Banken erfolgt ist (Details dazu S. xx). Die verbleibende Summe kann er dann beanspruchen und zum Wohl seiner Bürger einsetzen. Die dem Staat zur Verfügung stehende Summe wird Schwankungen unterworfen sein, zum Beispiel zur Weihnachtszeit, wenn der individuelle Konsum seine Spitzen erreicht und die Bürger mehr von ihren Einlagen aus dem Wertspeicher abziehen. Damit der Staat dennoch seine Investitionen längerfristig planen kann, wird es einen Puffermechanismus geben, der kurzfristige Schwankungen ausgleicht.

Diese staatlichen Entnahmen aus dem Wertspeicher dürfen nicht verwechselt werden mit dem Etat, den der Staat für seine unumgänglichen Aufgaben erhält. Damit meinen wir: Verwaltung, Legislative und Exekutive, Bezahlung der Beamten usw.. Die zuverlässige Finanzierung dieser laufenden Staatsausgaben wird ausschließlich durch eine Steuer sichergestellt, die mit einer Kapitalertragssteuer vergleichbar ist.

Der Wertspeicher ist das tragende Element im System des „fließenden Geldes“ und wird für jede Volkswirtschaft von einem Zentralinstitut verwaltet und kontrolliert. Diesem stehen Banken zur Seite, die allerdings in ihrer Funktion und Definition komplett neu aufgestellt werden müssen. Banken sind Dienstleister und müssen auch wie solche behandelt werden (siehe Kapitel „Banken und Versicherungen“, S. xx)

Weil in den Wertspeicher jeder alles einlegen muss, was er nicht sofort für sich selbst ausgibt, entfällt jegliche Notwendigkeit, Gehälter zu regulieren oder nach oben zu deckeln. Selbst absurd hohe Vorstandsgehälter sind so nicht mehr sozial schädlich, denn das, was der fürstlich Entlohnte nicht sofort verbrauchen kann – auch wenn er in Luxusgüter, Immobilien, Aktien usw. investiert – wandert in den Wertspeicher und steht der Allgemeinheit zur Verfügung. Das Anrecht, jederzeit auf seine Anteile dort zugreifen zu können, bleibt ihm selbstverständlich unbenommen, es ist ja sein Eigentum.

Die bislang übliche Option der „wundersamen Geldvermehrung“ im Finanznirwana indes kann er nicht mehr in Anspruch nehmen. Einmal mehr wird auch hier deutlich: Die Grundlagen der *Humanen Marktwirtschaft* haben nichts, absolut nichts mit irgendwelchen sozialistischen Ideen gemein. Im Gegenteil verhält es sich so, dass außerordentlich hohe Gehälter durchaus wünschenswert sind, denn es sind gerade diese Gehälter, die vom Individuum nicht verbraucht werden können und in den Wertspeicher wandern. Hier bilden sie eine Grundlage für die Überschüsse, die dann dem Staat für Projekte zur Verfügung stehen.

Die Zertifikate über Einlagen in den Wertspeicher sind in der Praxis wie Bargeld zu verwenden. Wer eine gewisse Summe in diesen Zertifikaten angespart hat, kann diese jederzeit entnehmen und für größere Anschaffungen verwenden. Man gibt sie beispielsweise dem Autohändler direkt als Bezahlung für den neuen oder gebrauchten Wagen – in ähnlicher Weise, wie man früher einen Scheck ausgestellt hat. Interessant an diesem Vorgang ist vor allem, dass tatsächlich überhaupt kein Geld fließt und aus dem Wertspeicher nichts entnommen wird. Der Verkäufer muss die erhaltenen Zertifikate sofort wieder in den Wertspeicher zurückführen, wenn er sie nicht für anderes ausgibt. Da größere Anschaffungen üblicherweise nicht über Bargeld abgewickelt werden, ist es

vollkommen ausreichend, wenn die Bargeldmenge auf die Summe aller Löhne begrenzt ist. Die Transfers von größeren Summen sind nur Umbuchungen, die bankintern – auch zwischen mehreren Banken – vorgenommen werden. Im Prinzip ist es ja heute auch nicht anders. Der wesentliche Unterschied besteht allerdings darin, dass durch diese Transfers in der *Humanen Marktwirtschaft* im Normalfall für keine Partei irgendwelche Zinsverpflichtungen entstehen.

Bargeld horten lohnt sich nicht

Wir sehen also, dass sich im System der *Humanen Marktwirtschaft* mit dem Wertspeicher der tägliche Umgang mit Geld und Geldeswert prinzipiell nicht verändert. Gleichwohl bedarf es für den Umgang mit dem Wertspeicher einiger neuer, klar definierter Regeln. Die erste Vorgabe ist, dass Geld, das nicht sofort verbraucht wird, auch dort hinein fließt. Dieser Vorgang soll weitgehend freiwillig erfolgen, weil die *Humane Marktwirtschaft* so weit wie möglich auf Kontrollen oder Zwänge verzichten will. Um sicherzustellen, dass das überschüssige Geld auch tatsächlich in den Wertspeicher gelangt, wird dem Geld eine wiedernatürliche Eigenschaft genommen: Es kann sich nicht mehr aus sich selbst heraus vermehren. Vielmehr wird ihm die natürliche Eigenschaft verliehen, zu altern und damit dem Verfall preisgegeben zu sein (vgl. „Geldverrufung“ in der Einführung zum 1. Teil des Buches).

Das ist nicht mit Inflation zu verwechseln, denn der Wert des Geldes bleibt derselbe, solange es frisch ist. Jede Banknote erhält ein Verfallsdatum, wobei „Verfall“ nicht meint, dass sie dann mit einem Schlag wertlos ist. Der einzelne Schein mit abgelaufenem Verfallsdatum ist nur weniger wert und kann nur noch bei einer Bank gegen einen neuen getauscht werden. Allerdings erhält der Kunde 12 Prozent weniger zurück, als der Nominalwert des abgelaufenen Scheins beträgt. Sobald das Ablaufdatum um mehr als ein Jahr überschritten ist, wird der Abschlag weitere 12 Prozent für jedes angefangene Jahr betragen. Nach etwa acht Jahren ist der Schein dann tatsächlich nur noch wertloses Papier. Das wird verhindern, dass Banknoten unter dem Kopfkissen oder in irgendwelchen Tresoren gehortet und damit dem notwendigen Umlauf des Geldes entzogen werden. Das darf nicht sein. Sobald jedoch Geld in den Wertspeicher eingelegt worden ist, ist sein Wert stabil und keinerlei Verfall oder Wertverlust ausgesetzt.

Anmerkung. Alle Einlagen in den Wertspeicher werden in einem Zentralinstitut kontinuierlich registriert und überwacht. Diese zentrale Aufsichtsbehörde hat also stets einen sehr genauen Überblick über den aktuellen Zustand der Volkswirtschaft. Ein positiver Nebeneffekt dabei ist, dass es sich absolut nicht mehr lohnt, größere Summen zu erpressen, zum Beispiel mit einer Entführung, oder eine Bank auszurauben. Weil das Bargeld eben nicht für längere Zeit verborgen werden kann – es droht zunehmender Wertverlust – müsste es in den Wertspeicher eingezahlt werden. Eine derartige Anomalie aber würde auffallen und der Erpresser/Bankräuber entdeckt. Ähnliches gilt für Bestechungs- und Korruptionsgelder. (Siehe dazu auch „Häufig gestellte Fragen“)

Das Haltbarkeitsdatum soll nicht weniger als ein Jahr betragen. Die Banken stehen in der Verantwortung, alle Scheine gegen frische auszutauschen, die weniger als zwei Monate Haltbarkeitsdatum übrig haben. Der Tauschvorgang lässt sich mühelos über die Geldautomaten in den Banken abwickeln, die sowieso regelmäßig von den meisten Bankkunden in Anspruch genommen werden. Alle Banknoten, die hier ausgegeben werden, dürfen nicht „älter“ als neun Monate sein. Damit ist sichergestellt, dass überwiegend Scheine mit hinreichender Restlaufzeit im Umlauf sind. Um zu verhindern, dass ein ganz „Schlauer“ heute noch einen Geldschein beim Fleischer auf die Theke legt, der morgen schon weniger wert ist, hat der Einzelhandel das Recht, Banknoten zurückzuweisen, deren Haltbarkeit weniger als einen Monat beträgt. Gleiches gilt für den Kunden mit Blick auf das erhaltene Wechselgeld.

Auch Geld, das auf dem Girokonto liegt, wird dem notwendigen und erwünschten Umlauf entzogen – was nicht sein soll. Um diese Form des „Sparens“ gleichermaßen unattraktiv zu machen, wird ein ähnlicher Mechanismus zur Anwendung kommen. Dergestalt, dass durchschnittliche Monatsguthaben auf dem Konto mit einer **Geldbenutzungsgebühr** belegt. Diese Gebühr wird drei Prozent im Monat betragen und regelmäßig einem Sondertopf zugeführt, der für die Alimentierung sozialer Härtefälle verwendet wird. Das soll bewirken, dass jeder bemüht ist, Geld, das er nicht sofort verbraucht, umgehend in den Wertspeicher einzuzahlen. Damit aber nicht andauernd umgeschichtet wird, vom Konto in den Wertspeicher und zurück, gibt es eine weitere Regel: Erst bei einem Guthaben größer 1.000,- € (Summe muss noch diskutiert werden!) darf in den Wertspeicher transferiert werden.

Fazit: *Alles Geld, das nicht sofort ausgegeben und im Wertspeicher gesammelt wird, steht dort allen zur Verfügung, die ein Anrecht darauf erworben haben. Was dann nicht entnommen worden ist und nicht für Kreditleistungen gebraucht wird, darf der Staat zum Wohl der Bürger einsetzen. Da es sich beim Wertspeicher um ein Umlagesystem, – vergleichbar unserem Rentensystem – handelt, muss der Geldbestand auch hier immer nahe Null sein. Unbenommen davon wird es eine hohe Summe von Anrechten auf den Wertspeicher geben, die aber nur sequenziell, nach Stand der Volkswirtschaft entnommen werden können. Wieder steht das bewährte deutsche Rentensystem Pate, denn auch dort existieren Ansprüche in einer Höhe, die nur sequenziell nach Geldeingang befriedigt werden können.*

Niemals war die Zeit geeigneter, aus einer Position des Überflusses heraus daran zu arbeiten, eine ideale Gesellschaft mit einem gerechten und nachhaltigen Wirtschafts- und Wertesystem zu formen.

Die Humane Marktwirtschaft braucht keine Lohnsteuer:

Leben ohne Lohnsteuer

Arbeit ist eine der wesentlichen Grundlagen für jedes funktionierende Staatswesen. Eine Frage wird in diesem Zusammenhang grundsätzlich nicht gestellt, aber wir tun es: Kann es sinnvoll sein, gerade diese unverzichtbare Grundlage, also Arbeit, zu besteuern? – Da ist man dann schnell mit „Geht nicht anders“ bei der Hand. Aber das stimmt nicht! Die staatlich sanktionierte Beraubung der Fleißigen ist keineswegs alternativlos. Die Geschichte kennt jede Menge Beispiele von Staaten und Gesellschaften, in deren Rechtssystem die Besteuerung von Arbeit nicht vorgesehen war. Dennoch hatten diese Staaten und Gesellschaften ausreichend Geld zur Verfügung und zwar vor allem durch die Erhebung direkter Gebühren. Tatsächlich ist es in Deutschland ebenfalls üblich, einiges durch direkte Steuern und Gebühren zu finanzieren. Wir nennen hier die Grundsteuer und andere Abgaben, mit denen Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden. Auch die Kfz- und Mineralölsteuer sollte ursprünglich für den Bau und den Erhalt von Straßen eingesetzt werden.

Im Urtext der amerikanischen Verfassung war die Erhebung von Lohnsteuer verboten. Die Väter dieser Verfassung dürfen zweifelsfrei als kluge, vorausschauende Köpfe angesehen werden, doch sie konnten nicht ahnen, in welcher kurzen Zeit die Gier über die Verfassung siegen und dieser Passus ersatzlos gestrichen würde. Die Gier ist ein mächtiger und gefährlicher Faktor. Nicht ohne Grund ist die Gier für einen Katholiken eine Todsünde. Die Gier ist unstillbar. Sie kann nur von der Vernunft gezügelt werden, besiegt werden kann sie nicht. Voraussetzung für das Primat der Vernunft muss die Gewissheit sein, ein einigermaßen zufriedenes und sorgenfreies Leben führen zu können.

Es gilt also, ein Finanzsystem zu schaffen, das der Gier keinen Vorschub leistet. Dies ist in

allererster Linie nur dann zu erreichen, wenn es das ausufernde System von Zins und Zinseszins nicht mehr gibt, wenn es ausgeschlossen ist, durch „wundersame Geldvermehrung“ reich zu werden, ohne einen Finger zu rühren. Auf der anderen Seite muss der Mensch zweifelsfrei nachvollziehen können, welches Einkommen er tatsächlich mit seiner Arbeit erwirtschaftet hat. In der *Humanen Marktwirtschaft* wird sein Verdienst nicht geschmälert – weder durch Zwangsabgaben für Renten, noch für Arbeitslosenversicherung und schon gar nicht für Lohnsteuer. Wer gearbeitet hat, soll die Bezahlung für seine Leistung eins zu eins behalten dürfen. Für seine persönliche Absicherung muss jeder dann mit diesem erwirtschafteten Geld – je nach Bedarf und Leistungsfähigkeit – selbst sorgen.

Das grundsätzliche Verbot, Arbeit zu besteuern, wird vielfältige Vorteile und Einsparungen mit sich bringen. „Schwarzarbeit“ im herkömmlichen Sinn kann es nicht mehr geben. Die Verwaltung des Lohnsteuereinzugs fällt ersatzlos weg. Welch ein ungeheurer bürokratischer Aufwand, der dann nicht mehr betrieben werden muss; wie viele Streitfälle, die dann nicht mehr vor Gericht landen; wie viele Arbeitskräfte, die dann einer wirklich produktiven/kreativen Tätigkeit nachgehen können?

Auch ohne Lohnsteuer kann der Staat finanziert werden:

Die Finanzierung des Staatswesens

Jeder Staat braucht zuverlässig Einnahmen, um seine Aufgaben ebenso zuverlässig erfüllen zu können. Die Lohn-/Einkommensteuer kann das leisten, aber es geht auch ohne. Zunächst weisen wir nochmals auf die groteske Tatsache hin, dass Arbeit in Deutschland und weitgehend im gesamten westlichen Bereich höher besteuert wird, als (arbeitsfreie) Kapitaleinkünfte: Arbeit im Spitzensatz mit mehr als 40 Prozent, Kapitaleinkünfte lediglich mit 25 Prozent. Diesen pervertierten Zustand wird die *Humane Marktwirtschaft* ins Gegenteil wenden: Arbeit wird überhaupt nicht besteuert, Kapitaleinkünfte dagegen umso mehr. Umso mehr heißt jetzt nicht, dass wir exorbitant hohe Steuern fordern. Je nach Umständen wird über Steuersätze zu diskutieren sein, die zwischen 30 und 50 Prozent liegen. Wir gehen davon aus, dass etwa 35 Prozent ausreichen sollte.

Für unsere Berechnungen nehmen wir – was läge näher – das „Modell“ Deutschland und betrachten zunächst einmal den Bedarf. Den größten Batzen im aktuellen Haushalt bilden die Sozialleistungen mit etwa 43 Prozent, an zweiter Stelle folgt der Schuldendienst mit 13 Prozent. Beide Posten wird es in der *Humanen Marktwirtschaft* nicht geben! Warum das so ist und wie es im Einzelnen funktioniert, wird im nächsten Kapitel ausführlich erläutert. Für den Augenblick nur so viel: Sobald diese beiden „Schwergewichte“ den Haushalt nicht mehr belasten, beträgt der Bedarf für den Staat nur noch weniger als 200 Milliarden €/Jahr. Auch der Verteidigungshaushalt, der immerhin 9 Prozent ausmacht, sollte überprüft werden. Mindestens die Hälfte davon erachten wir als überflüssig in einem friedlichen Europa. Das heißt, der deutsche Staat hat in der *Humanen Marktwirtschaft* nur noch einen Einnahmebedarf von etwa 160 Milliarden Euro, um seine andauernden Aufgaben erfüllen zu können. Hierbei sind wir bewusst noch nicht eingegangen auf Einsparungen, die durch den weitgehenden Wegfall der Finanzverwaltung und anderer überflüssig gewordener bürokratischer Einrichtungen entstehen werden.

In der *Humanen Marktwirtschaft* wird es nur noch zwei Arten von „Kapitaleinkünften“ geben, wobei keine von beiden durch Zinsen oder andere mehr oder

weniger seltsame Geldvermehrungen entstehen. Einkünfte aus Besitz werden sein: Mieten und Dividenden aus Aktienbesitz. Wobei wir zu Letzterem auch Einkünfte zählen, die aus dem direkten Besitz von Produktionsmitteln stammen, also auch als Firmengewinne bezeichnet werden können. Für Dienstleistungsunternehmen gilt dies gleichermaßen. Nimmt man die aktuellen Zahlen, wird sofort ersichtlich, dass eine Besteuerung dieser Einkommen in Höhe von 30 bis 40 Prozent völlig ausreicht, den Staat mit etwa 200 Milliarden €/Jahr auszustatten. Wie man sieht, ist die *Humane Marktwirtschaft* auf Einnahmen aus Lohn-/Einkommensteuer nicht angewiesen.

Anmerkung: An der Stelle sei nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir es grundsätzlich für recht und billig erachten, Einkünfte, die nicht produktiver Arbeit entstammen, also „Kapitalerträge“, mit Steuern zu belegen, die je nach Bedarf sehr hoch sein können. Wir halten es nicht für „gerecht“, wenn die einen arbeiten müssen für ihren Lebensunterhalt und Steuern zahlen, während sich die anderen mit ihrem leistungslosen Einkommen und Steuerprivilegien einen schlaun Lenz machen können.

Der „normale“ Arbeitnehmer wird also steuerlich nicht erfasst und muss logischerweise auch keine Lohn- oder Einkommensteuererklärung abgeben. Der hohe Verwaltungsaufwand für das Eintreiben dieser Staatseinnahmen entfällt vollständig. Dagegen müssen sich jede Einzelperson, die über „Kapitaleinkünfte“ verfügt, und jede Firma steuerlich erklären. Da das aber im Nachhinein erfolgt, muss dem Staat eine Vorauszahlung geleistet werden und damit der Staat zuverlässig planen kann, muss diese Vorauszahlung höher ausfallen, als es der Endabrechnung entspricht. Es wird so sein, dass von allen „Kapitaleinkünften“ wie Mieten und Dividenden direkt 50 Prozent abgeführt werden müssen. Nach Jahresende werden diese Abgaben abgerechnet, wie auch jetzt mit der Einkommensteuererklärung. Danach erhält der Steuerzahler das zurück, was er an Vorauszahlung zu viel abgegeben hat. Firmengewinne werden nicht mit Vorauszahlungen belegt, müssen aber versteuert werden.

Wer solche Kapitaleinkünfte hat, zählt nicht zu den Armen. Er kann es verschmerzen, wenn er maximal ein Jahr auf 10 bis 20 Prozent seines (arbeitsfreien) Einkommens warten muss. Durchschnittlich beträgt die Wartezeit nur ein halbes Jahr. Bereits im zweiten Jahr nach Einführung der *Humanen Marktwirtschaft* ist die Einkommenssituation wieder „normal“, denn dann erhält er das, was er im Vorjahr zu viel abgegeben hat, zurück. Er stellt gleichsam – einmalig (!) – dem Staat 10 bis 20 Prozent seines Einkommens zur Verfügung, um diesem eine zuverlässige Planung zu ermöglichen. Es ist durchaus vorgesehen, dass die Höhe dieser Steuer im jährlichen Rhythmus je nach Bedarf angepasst wird.

So, wie wir es bereits heute kennen, finanziert der Staat hoheitliche Aufgaben, die direkt zugeordnet werden können (z.B. Straßenbau, Infrastruktur usw.) mit direkten Gebühren wie Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer, Grundsteuer usw. Hierfür müssen also keine oder nur geringe andere Steuermittel aufgebracht werden. Jeder zahlt für das direkt, was er in dieser Hinsicht vom Staat in Anspruch nimmt. Steuern auf Alkohol und Tabakwaren zum Beispiel können weiterhin erhoben werden, wenn diese Einnahmen dem Gesundheitssystem direkt zugute kommen. Man kann diese durchaus als direkte Gebühr betrachten, denn Alkohol- bzw. Nikotinmissbrauch verursachen der Allgemeinheit direkte Kosten. Dieses Verfahren entlastet die Finanzierung des Gesundheitssystems, wie wir später noch genauer erläutern werden.

Anmerkung: Was den Bau und den Erhalt von Straßen, Brücken, Tunneln usw. anlangt, vertreten wir die Auffassung, dass es am gerechtesten ist, die erforderlichen Gelder nur über die Kfz- und Mineralölsteuer sowie Mautgebühren einzuziehen. Nur so ist sichergestellt, dass derjenige, der die Straßen am meisten be- und abnutzt, auch am meisten für deren Bau und Erhalt leistet. Wir lehnen es ab, zum Beispiel Autos, die mit

Strom betrieben werden, von der Steuer frei zu halten. Das ist eine Subvention und als solche in der Humanen Marktwirtschaft nicht zulässig. Das Argument, Transporte würden dadurch teurer, ist nicht von der Hand zu weisen. Wir sehen darin jedoch einen positiven Anreiz, unnötige Transportleistungen einzustellen, bzw. zu verlagern.

Subventionen verschleiern die wahren Kosten

Marktverzerrende Subventionen sind passé

Da die *Humane Marktwirtschaft* jegliche Art von Subventionen verbietet, werden auch diese Posten den Staatshaushalt nicht mehr belasten. Das hat den wünschenswerten Effekt, dass der Bürger wieder den wahren Wert dessen erkennen kann, was er konsumiert. Beispielsweise müssten die Lebensmittelpreise erheblich höher sein, damit der Bauer – ohne Subventionen – vom Verkauf seiner Produkte leben kann. (Siehe hierzu „Vor allem die Landwirtschaft muss human werden“).

Subventionen, Stilllegungsprämien und Ähnliches verzerren den Markt und verursachen u.a. den Niedergang heimischer Produktion weltweit, Stichwort „Afrika“. Erschwerend kommt hinzu, dass mit Lebensmitteln an Warenterminbörsen gehandelt wird, ohne diese Waren tatsächlich zu bewegen. Das führt zu einer unsinnigen Volatilität der Preise, die ganze Nationen in Hunger und Armut gestürzt haben. Nicht nur deswegen verbietet die *Humane Marktwirtschaft* jegliche (Waren-)Terminbörsen – auch für Rohstoffe. Denn auch auf diesem Markt werden durch die Börsen Preise nach oben oder nach unten getrieben, mit dem alleinigen Ziel, aus dem Bedarf oder sogar der Not unbillige Profite zu erzielen, die keiner produktiven Arbeit entstammen.

In der *Humanen Marktwirtschaft* hat der Staat noch andere Mittel, auf die er zurückgreifen kann, allerdings sind diese nicht zuverlässig planbar. Hier handelt es sich um Überschüsse im Wertspeicher, die nicht von den Eigentümern der Zertifikate verbraucht worden sind. Diese müssen jedoch ausgegeben werden, wenn die Wirtschaft rund laufen soll, und es ist die Aufgabe des Staats, dieses Geld sinnvoll einzusetzen. Wie bereits erwähnt, darf er mit diesen Mitteln keinesfalls seine dauernden Verpflichtungen finanzieren, sondern er muss sie einsetzen für außerordentliche Investitionen, wie zum Beispiel zur Optimierung der Infrastruktur oder für andere (Groß-)Projekte, die das Leben der Bürger nachhaltig verbessern. Auf diese Weise – also letztlich durch ihr eigenes Konsumverhalten – haben es die Bürger selbst in der Hand, in welcher Größenordnung derlei Maßnahmen realisiert werden können. Der Staat darf nur das Geld ausgeben, das die Bürger freiwillig zur Verfügung stellen. Demokratischer geht es nicht.

Fazit: Dank des abgespeckten Staatshaushalts in der Humanen Marktwirtschaft kann sich der Staat mühelos aus Steuern aus Kapitaleinkünften und direkten Gebühren finanzieren. Die Lohnsteuer entfällt und vom Lohn werden auch keine Abgaben eingezogen für die Renten- oder Arbeitslosenversicherung. Es gibt keine Mehrwertsteuer und keine Subventionen, ebenso wenig wie andauernde Zinsbelastungen. Mit dem Wegfall all dieser extrem preistreibenden Faktoren wird das allgemeine Preisniveau drastisch gesenkt.

Ein gesichertes Grundeinkommen garantiert den sozialen Frieden

Über ein gesichertes Grundeinkommen für jeden Bürger ist schon viel diskutiert worden. Die vorgetragenen gedanklichen Ansätze waren an sich nicht verkehrt, hatten jedoch einen fundamentalen Makel: Sie wollten dieses revolutionäre Versorgungsmodell in das bestehende System implementieren. Das aber ist vollkommen ausgeschlossen. Eine regelmäßige und garantierte Grundsicherung für alle Menschen eines Staates lässt sich nur dann realisieren, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen dafür gegeben sind.

Genau diese sind aber derzeit nicht vorhanden. Deshalb ist es erforderlich, das gesamte System von Grund auf neu zu denken – das leistet die *Humane Marktwirtschaft*.

Immer wenn man die Idee für ein gesichertes Grundeinkommen ins Spiel bringt, wird als erstes Gegenargument sofort angeführt, die Menschen könnten dadurch verleitet werden, sich auf die faule Haut zu legen. Diese Gefahr besteht aber nur dann, wenn eine solche Grundsicherung zu üppig ausfällt. Ein gesichertes Grundeinkommen muss folglich so niedrig sein, dass es nur ganz Wenige zum Nichtstun animieren kann. Wir orientieren uns hier an den aktuellen Hartz-IV-Sätzen und legen 400,- € pro Person/Monat fest. Im Gegensatz zur aktuellen Praxis sieht die *Humane Marktwirtschaft* jedoch nicht vor, dass dieser Betrag durch irgendwelche Sonderzahlungen aufgestockt wird. Weitere Zuschüsse wird es nicht geben. (Siehe auch ergänzende Ausführungen im „Fragenkatalog“) Manch einem mag das im ersten Augenblick grausam erscheinen, doch betrachtet man die Sache im Zusammenhang, sieht es schon anders aus. Es gibt keine Lohnsteuer. Das bedeutet, dass es sich für jedermann lohnen wird, auch kleine Tätigkeiten gegen Bezahlung zu verrichten.

Anmerkung: Selbstverständlich gibt es auch in der Humanen Marktwirtschaft ein System, das schuldlos Arbeitsunfähige angemessen versorgt, und zwar in Form einer verpflichtenden Arbeitslosenversicherung für alle Angestellten und Selbständige. Weil sie verpflichtend ist, muss der Träger eine Anstalt des öffentlichen Rechts sein. Der Unterschied zum bisherigen Verfahren ist, dass jeder über die Höhe seiner Absicherung selbst entscheiden kann. Eine Obergrenze gibt es nicht, denn mancher Gutverdienende hat sich laufende Verpflichtungen aufgebaut, die mit einer Absicherung, die sich an der gültigen Bemessungsgrenze orientiert, nicht abgedeckt werden können. Die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung werden von allen direkt bezahlt. Beitrags- und Auszahlungskonditionen müssen von einer Expertenkommission erarbeitet werden.

Welche fundamental positiven Auswirkungen das gesicherte Grundeinkommen haben wird, das jeder, vom Säugling bis zum Greis, jeden Monat erhält, lässt sich an einfachen Beispielen leicht verdeutlichen:

1. Eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern verfügt bereits über ein Grundeinkommen von 1.200,- €. Von dieser sicheren Basis aus kann sie einer bezahlten Halbtags- oder Teilzeitarbeit nachgehen – und zwar ohne den Druck der Existenzsicherung, dem sie bislang ausgesetzt ist. Jeden Lohn, den sie erhält, wird sie vollständig für sich und ihre Kinder verwenden können, denn es gibt keine Abzüge.
2. Die Durchschnittsfamilie – verheiratet, zwei Kinder – verfügt über 1.600,- € Grundeinkommen. Hier wird bereits der erheblich vergrößerte individuelle Entscheidungsspielraum erkennbar: Wollen beide Elternteile berufstätig sein, oder nur einer von beiden und in welchem zeitlichen Umfang? Die Gründung einer Familie mit Kindern ist jedenfalls nicht länger hauptsächlich eine Frage des Geldes, denn die Grundsicherung ist gewährleistet. Damit erweist sich unser System als außerordentlich familienfreundlich, und zwar für Angestellte wie für Selbständige gleichermaßen.

Die Finanzierung

Jetzt gilt es, die spannende Frage zu beantworten, wie das gesicherte Grundeinkommen finanziert werden kann. Auch hier gehen wir neue Wege. Bevor wir aber unsere Rechnung vorstellen, müssen wir erklären, mit welchen Zahlen wir operieren und warum. Da gibt es ein BIP (Brutto Inlands Produkt), ein BNP (Brutto National Produkt) und andere Parameter, die mehr oder weniger tauglich sind, die Leistung einer Volkswirtschaft zu quantifizieren. Auch hierbei wird die Öffentlichkeit hinters Licht geführt, indem manches zum BIP gerechnet wird, was nicht dazugehören darf. Hier meinen wir vor allem Einkünfte aus

Kapitalbewegungen, die in manchem Staat 30 Prozent des BIP ausmachen. Realistischer Weise dürften diese nicht mit einbezogen werden, denn sie beschreiben kein Produkt, sondern lediglich Einnahmen, die keinerlei wertschöpfender Arbeit entstammen.

In Deutschland gibt das Statistische Bundesamt das BIP für 2014 mit etwa 2.900 Milliarden € an. Dem steht gegenüber ein „Volkseinkommen“ von etwa 2.180 Milliarden €. Man sieht bereits hier, dass es eine „Lücke“ gibt, die nicht mit dem deutschen Außenhandelsüberschuss von 285 Milliarden € erklärt werden kann. Deswegen sind wir einen anderen Weg gegangen, um eine Zahl zu berechnen, die in etwa dem verfügbaren Einkommen aller Deutschen nahekommt. Wie mehrfach gesagt, geht es uns darum, das Prinzip der *Humanen Marktwirtschaft* vorzustellen und zu erläutern und dazu bedarf keiner exakten Zahlen mit der 3. Stelle hinter dem Komma.

Wir nehmen ein Durchschnittseinkommen pro Arbeitnehmer von 40.000 €/Jahr, was einigermaßen realistisch sein dürfte. Multipliziert mit etwa 40 Millionen Arbeitnehmern ergibt das 1.600 Milliarden € /Jahr für alle Arbeitnehmer zusammen. Hinzu müssen etwa 20 Millionen Rentner und Pensionäre gerechnet werden. Es kommt der Realität sehr nahe, wenn wir deren Jahreseinkommen wiederum im Durchschnitt mit der Hälfte, also mit 20.000 € rechnen. Das sind dann weitere 400 Milliarden €, so dass wir in Summe mit einem Volkseinkommen von 2.000 Milliarden € rechnen können. Wir nehmen bewusst diese Summe, die kleiner ist, als diejenige, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, denn so können wir aufzeigen, dass die folgenden Rechnungen tatsächlich noch ein gutes Stück günstiger ausfallen werden, sobald mit den exakt ermittelten Parametern gerechnet wird.

Hier nun unsere Rechnung, im Modell. Der Bedarf zur Finanzierung des Grundeinkommens beträgt etwa 400 Milliarden €/Jahr. (80 Millionen x 4.800 € (400,- € x 12 Monate) = 384 Milliarden) – der Einfachheit halber aufgerundet auf 400 Milliarden). Um diese Summe einzunehmen, wird jedes Produkt, jede Dienstleistung an seinem Endpreis mit einem Aufschlag versehen. Dieser Mechanismus unterscheidet sich grundsätzlich vom System der Mehrwertsteuer, denn er betrifft nur den Endpreis und der Aufschlag kann nicht irgendwo anders gegengerechnet werden. Er gilt auch nicht für „Halbzeug“, also Teile, die zur Weiterverarbeitung benötigt werden. Erst das Endprodukt, das der Endverbraucher erwirbt, wird mit diesem Aufschlag in Höhe von 20 Prozent, gerechnet vom Endverkaufspreis, versehen. Gleiches gilt für Dienstleistungen.

Tatsächlich ist das der komplizierteste Teil der HMW und deswegen empfehlen wir die Lektüre des gesamten Werks, um diese Details zu verstehen.

Eigenverantwortliche Altersvorsorge

Die Lösung des oben skizzierten Problems führt über den Wertspeicher und die Altersvorsorge, für die jeder – zusätzlich zum Grundeinkommen – selbst zu sorgen hat. Im Rentenkonzept der *Humanen Marktwirtschaft* sammelt jeder seine eigene Rente im Wertspeicher in Form von Anteilen an. Da es keine Inflation gibt, ist alles zuverlässig planbar. Man muss also während seines Arbeitslebens so viel im Wertspeicher auf die Seite legen, damit das Auskommen am Lebensabend gesichert ist. Der Vorteil des Systems in der *Humanen Marktwirtschaft* ist, dass jeder selbst bestimmen kann, wann und wie viel er für seine Alterssicherung zurücklegt. Ja, man kann sogar den Zeitpunkt seines „Renteneintritts“ selbst bestimmen und dieser muss keineswegs endgültig sein. Sollte man irgendwann zu der Erkenntnis gelangen, dass man sich verkalkuliert hat, dann kann auch im Alter durch mehr oder weniger kleine Tätigkeiten jederzeit ein Zubrot verdient werden. Nochmals zu Erinnerung: Alles, was der Einzelne durch Arbeit verdient, gehört ihm

vollständig, ohne jegliche Abzüge. Trägt ein älterer Mensch zum Beispiel Zeitungen aus und bekommt dafür 400,- €/Monat, dann stehen ihm für seine Lebensführung bereits 800,- €/Monat zur Verfügung (Grundeinkommen plus Zuverdienst) – selbst wenn er keine Rücklagen fürs Alter bilden konnte. Bei einer besser bezahlten Tätigkeit hat er entsprechend mehr.

Der größte Vorteil der eigenverantwortlichen Vorsorge aber ist, dass man dann etwas dafür tun kann, wenn die Lebensumstände es erlauben. Leser, die schon etwas älter sind, kennen das aus eigenem Erleben: In jungen Jahren ist das Geld aus unterschiedlichen Gründen meistens knapp. Das Gehalt ist noch nicht besonders hoch und die Gründung eines eigenen Hausstands bedarf eines beträchtlichen Aufwands. Dann kommen die Kinder – was nicht wirklich zur Entspannung der Finanzsituation beiträgt – auch dann nicht, wenn es ein gesichertes Grundeinkommen für jedes Kind gibt. Wenn dann aber der Nachwuchs weitgehend flügge ist, die Familienkasse zunehmend von notwendigen Mehrausgaben durch Erziehung und Ausbildung entlastet wird und auch das eigene Einkommen dem Alter und der Berufserfahrung gemäß gestiegen ist, ist der Zeitpunkt günstig, die Rücklagen fürs Alter anzulegen. In der mittleren Lebensphase ist man dann auch eher geneigt, sich Gedanken übers Alter zu machen und kann jetzt eher abschätzen, wie viel man für seine Alterssicherung benötigen wird/will.

Natürlich steht es jedem frei, auch schon früherer im Leben Rücklagen zu bilden. Hier wird sich ein weiterer Effekt durch die *Humane Marktwirtschaft* einstellen: Ein Leben auf Kredit oder mit dauerhaft überzogenem Konto ist nicht mehr erstrebenswert, denn Verbraucherkredite werden extrem unattraktiv sein. Das „normale“ Leben und der „normale“ Konsum werden sich wandeln in der Weise, dass zuerst angespart wird und dann konsumiert. Auch dazu später mehr.

Sonderfälle

Beamtenpensionen und Betriebsrenten

Beamte werden gebraucht, um sicherzustellen, dass staatstragende Aufgaben zuverlässig erledigt werden: Bahn, Post, Verwaltung, Bildung, Legislative, Exekutive... Allerdings ist auch das bestehende System der Beamtenpensionen reformbedürftig. Da Beamte selbstverständlich auch das gesicherte Grundeinkommen erhalten, wird der Staatshaushalt um diesen Betrag ebenfalls entlastet, denn auch hier muss diese Grundsicherung vom Gehalt abgezogen werden. Weil es aber Beamte sind, denen gewisse Rechte „normaler“ Arbeitnehmer vorenthalten werden (z.B. Streikrecht), sollen sie auch mit einem „Bonus“ belohnt werden. Der Staat zahlt das, was er durch das Grundeinkommen einspart, in den Wertspeicher ein, zugunsten seiner Beamten. Allerdings mit einer Sonderregelung: Erst nach Ausscheiden aus dem aktiven Dienst darf der Beamte auf diese Guthaben im Wertspeicher zugreifen. Damit hat der Staatsdiener den Vorzug, dass er bei Renteneintritt über ein Guthaben im Wertspeicher verfügen kann, das seine Grundsicherung erheblich aufpolstert. Ähnliches wird für Betriebsrenten gelten.

Das jetzige System der Betriebsrenten birgt das anwachsende Problem, dass sich Firmen für die Zukunft belasten, wenn sie ihren Beschäftigten eine Firmenrente garantieren. In der *Humanen Marktwirtschaft* entfällt das. Wenn eine Firma Betriebsrenten zahlen will, muss sie den entsprechenden Betrag zeitnah in den Wertspeicher abführen. Wiederum mit der Einschränkung, dass der Arbeitnehmer erst nach Renteneintritt in einem definierten Alter darauf zugreifen darf. Das hat im Wesentlichen zwei Vorteile für den Arbeitgeber: Er belastet nicht seine Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft und er kann nach Geschäftslage darüber bestimmen, wann er wie viel für seine Angestellten für deren Altersvorsorge erübrigen kann. Es ist auf diese Weise gleichsam ein Bonussystem, das Leistung honoriert. Genau darum geht es in der *Humanen Marktwirtschaft*: Leistung soll sich lohnen, nicht der Besitz von Kapital.

Weitere Details sind dem Buch zu entnehmen.

Weil es die „Bemessungsgrenze“ nicht mehr gibt, werden die Ausgaben für die Gesundheit für alle günstiger.

Einheitliches Gesundheitswesen

Die Belastung des Preisniveaus durch die Abgaben für das gesicherte Grundeinkommen betragen bis hierhin nur 10 Prozent. Folglich gibt es noch „Luft nach oben“ für einen weiteren unumgänglichen Preisaufschlag. Damit nämlich wird das Gesundheitssystem finanziert, und zwar genauso sozialverträglich wie das Grundeinkommen.

Menschen arbeiten immer dann effizient und kreativ, wenn sie frei von Angst und Sorgen sind. Das hat die Soziale Marktwirtschaft in ihrer guten Zeit eindrucksvoll bewiesen. Ein moderner, leistungsfähiger Staat lässt seine Bürger nicht verhungern oder an Krankheiten elendiglich zugrunde gehen. Er braucht ein Gesundheitssystem, das Menschen die Angst nimmt, durch Krankheit in Not und Elend zu geraten. Dieses System muss für alle gleichsam zugänglich sein und soziale Unterschiede dürfen sich nicht auf die (medizinische) Qualität der Behandlung auswirken. Andererseits soll es aber durchaus auch eine Sozialkomponente haben, dergestalt: Wer mehr ausgibt, mehr konsumiert, der soll auch einen höheren Beitrag leisten. Also fährt die *Humane Marktwirtschaft* zur Finanzierung des Gesundheitssystems ein Modell, analog zum gesicherten Grundeinkommen, was eine nochmalige ausführliche Erläuterung des Modells hier überflüssig macht.

Die gesamten Kosten für Gesundheit betragen in Deutschland 2012 etwa 300 Milliarden Euro. Diese Summe ist erheblich höher, als sie sein müsste und zwar um gut 30 Prozent. Preistreibend wirken sich vor allem zu teure Medikamente und Hilfsmittel aus, die in Deutschland wesentlich mehr kosten, als in sonst einem Land der Welt. Auch ein System unnützer oder sogar schädlicher „Vorsorgeuntersuchungen“ belastet das Gesundheitssystem. Das sollte und muss nicht sein. Zu den extrem hohen Entwicklungskosten für Medikamente, die in sehr hohem Maße auf die deutschen Patienten abgewälzt werden, kommen die üblichen „Preistreiber“ hinzu: hohe Lohnkosten durch Lohnsteuer, Mehrwertsteuer, Zinsen. All das zusammengerechnet wird in einem vernünftigen System die Ausgaben für das Gesundheitswesen um mindestens 30 Prozent reduzieren.

In der *Humanen Marktwirtschaft* gehen wir davon aus, dass eine Summe von 200 Milliarden/Jahr (für Deutschland) mehr als ausreichend sein wird. Das sind immer noch 2.500 € pro Jahr und Person. Bei einem BNP von angenommenen 2.000 Milliarden €/Jahr beträgt folglich der Bedarf für das Gesundheitswesen 10 Prozent dieser Summe. Wie bereits gesagt: Wer viel hat, wer viel ausgibt/konsumiert, soll entsprechend an den Kosten des Gesundheitssystems beteiligt werden. Wie zur Finanzierung des Grundeinkommens muss ein weiterer Aufschlag auf alle Endpreise (Produkte und Dienstleistungen) erhoben werden, und zwar in Höhe von 10 Prozent, der direkt an das Gesundheitssystem abgeführt wird. Demnach müssen bei der Kalkulation der Endpreise für Waren und Dienstleistungen neben den 20 Prozent zur Sicherung des gesicherten Grundeinkommens weitere 10 Prozent zur Finanzierung des Gesundheitswesens eingerechnet werden. 30 Prozent erscheinen im ersten Augenblick unerhört viel.

Wie wir aber bereits ausgeführt haben, wirken sich die 20 Prozent für das Grundeinkommen effektiv nur in Höhe von 10 Prozent aus. In der Summe beträgt der Sozialanteil, den die *Humane Marktwirtschaft* dem Bürger „zumutet“, insgesamt also 20

Prozent all dessen, was er konsumiert. Wobei – und das ist der „springende Punkt“ – das Preisniveau insgesamt deutlich sinken wird, da, wie wir an anderen Stellen mehrfach ausgeführt haben, die klassischen preistreibenden Faktoren entfallen. Weitere Abgaben sind nicht notwendig und werden nicht erhoben.

Vergleichen wir noch kurz den Ist-Zustand mit dem der *Humanen Marktwirtschaft*: Aktuell werden etwa 16 Prozent der Löhne für das Gesundheitssystem eingezogen. Dieser Wert ist deswegen so hoch, weil es die „Bemessungsgrenze“ gibt. Das heißt, dass Bürger mit Einkommen oberhalb dieser Grenze aus ihren sozialen Pflichten entlassen sind. Sie dürfen sich komplett aus der gesetzlichen Gesundheitsvorsorge verabschieden und die wesentlich günstigeren Tarife der Privatvorsorge nutzen. Das ist in doppelter Hinsicht sozial schädlich. Zum einen sind diese weniger krank, verursachen weniger Kosten und bewirken so indirekt eine Mehrbelastung der gesetzlichen Krankenkassen zu Ungunsten der dort versicherten weniger Begüterten. Zum anderen würden Beiträge, die ausnahmslos von allen in voller Höhe analog zum Einkommen geleistet würden, den Beitragssatz für alle erheblich senken – auch für die Begüterten. Wir verweisen hier auf das Beispiel der Schweiz, die die Unsitte der Bemessungsgrenze nicht kennt, und deswegen niedrigere Beitragssätze für alle hat.

Nun wird den Bürgern vorgegaukelt, sie müssten nur sieben oder acht Prozent ihres Lohns für die Krankenkasse abführen. Das ist eine „Milchmädchenrechnung“, denn wenn der Arbeitgeber seinen Anteil nicht leisten müsste, könnte diese Summe den Löhnen und Gehältern zugeschlagen werden. In der *Humanen Marktwirtschaft* erhält der Arbeitnehmer 16 Prozent mehr Lohn, weil keine Beiträge zur Krankenversicherung abgezogen werden. Dem stehen dann um 10 Prozent höhere Endpreise gegenüber. Was man mehr an Lohn erhält, muss in geringerem Maße aufgewendet werden für den Sozialanteil. Dieses System hat den entscheidenden Vorteil, dass sich niemand davor drücken kann, seinen Beitrag zu leisten.

Im Gesundheitssystem der *Humanen Marktwirtschaft* rechnen die Gesundheitsdienstleister direkt mit den Patienten ab – wie in der Privatversicherung oder für Beamte schon lange Usus. Bis zu einer Höhe von 400 €/Jahr muss der Patient seine Kosten selbst tragen. Darüber hinausgehende Aufwendungen werden erstattet. Das entspricht dem Modell, das private Versicherer bereits heute praktizieren, wenn sich der Versicherte für einen gewissen Selbstbehalt entscheidet und im Gegenzug niedrigere Prämien in Anspruch nehmen kann. Mit der Eigenbeteiligung wird sich dann so mancher überlegen, ob er wegen jeder Kleinigkeit zum Arzt rennt und sich für jedes kleine Wehwehchen teure Medikamente verschreiben lässt. Dieses Verfahren haben wir nicht erfunden, aber wir übernehmen es gerne, da es sich bei zahlreichen Privatversicherern über lange Jahre bestens bewährt hat – und vernünftige Regelungen beizubehalten, sind wir gern bereit. Selbstverständlich ist es auch in der *Humanen Marktwirtschaft* jedem freigestellt, private Zusatzversicherungen abzuschließen für über die Grundversorgung hinausgehende Sonderleistungen wie Einbett-Zimmer oder Chefarzt-Behandlung.

Fazit: Ein gut funktionierendes, stabiles Gesundheitswesen ist **die tragende Säule** für eine leistungsfähige Gesellschaft – zumal in einem System wie dem der *Humanen Marktwirtschaft*. Die medizinische Grundversorgung muss für alle Bürger gleich gut und jederzeit zugänglich sein. Die exorbitant hohen Kosten müssen und können deutlich reduziert werden. Durch die Erhebung eines generellen Selbsthalts für jeden Versicherten (wie es bei vielen privaten Versicherern schon lange Usus ist) werden unnötige Arztbesuche und Verschreibungen vermindert. Private Zusatzversicherungen für Sonderleistungen sind jederzeit möglich.

Bargeld und bargeldähnliche Zahlungsmittel

Diesbezüglich wird sich in der *Humanen Marktwirtschaft* im täglichen Umgang nichts

spürbar ändern. Allerdings wird es keine Kreditkarten geben, die normale EC-Karte genügt. So bequem der Zahlungsverkehr mittels Kreditkarte vordergründig auch erscheinen mag – wir lehnen dieses System grundsätzlich ab. Die Gründe dafür liegen auf der Hand und sind schnell erläutert. Kreditkartenfirmen kassieren etwa drei Prozent Gebühren dafür, dass sie für einen Zeitraum von drei Tagen bis zu einem Monat Geld vorstrecken. In Europa ist die Praxis überwiegend so, dass die meisten ihre Schulden bei ihrer Kreditkartengesellschaft jeden Monat begleichen.

Folgt der Kunde hingegen der in den USA üblichen Praxis, lediglich zehn Prozent der getätigten Umsätze monatlich zurückzuzahlen, dann ist das vergleichbar mit einem Dispo-Kredit. Dementsprechend hoch ist der Zinssatz, den die Kreditkartengesellschaften ihren Kunden berechnen: Etwa 12 Prozent. Wie unsinnig ein solches Verfahren für den Verbraucher ist, erläutern wir weiter unten unter „*Banken und Versicherungen*“.

Für die Kreditkartengesellschaften hingegen ist das ein äußerst einträgliches Geschäftsmodell. Man muss nämlich die Gebühr von etwa drei Prozent/Monat als Zins auf ein Jahr hochrechnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kreditkartengesellschaften im Durchschnitt das Geld nur für 14 Tage vorstrecken, also nur für einen halben Monat. Dafür kassieren sie drei Prozent der Kaufsumme. Diese zinsähnliche Gebühr ergibt einen enorm hohen Ertrag, wenn er auf das ganze Jahr umgelegt wird. Die drei Prozent müssen mit 26 multipliziert werden. (52 Wochen/Jahr – 3 Prozent auf zwei Wochen) Daraus ergibt sich ein Gewinn für die Kreditkartengesellschaften von 78 Prozent/Jahr auf das Geld, das sie dem Kreditkartennutzer vorgestreckt hat. Ein unerhört gutes Geschäft, das man auch als Wucher bezeichnen könnte. Deswegen sind in der *Humanen Marktwirtschaft* Kreditkarten verboten. Eine Scheckkarte oder Schecks in ihrer Urform reichen völlig aus.

Banken und Versicherungen

Banken und Versicherungen werden in der *Humanen Marktwirtschaft* natürlich auch gebraucht. Ein staatlich sanktioniertes Raubrittertum, wie es diese Institutionen im alten System etablieren konnten, wird es allerdings nicht mehr geben. In Kurzform sei hier nochmals das heutige Geschäftsmodell der Banken beschrieben: Banken verleihen Geld, das ihnen nicht gehört und kassieren dafür Zinsen, die eigentlich den Eigentümern des Geldes zustehen. Über Kurz oder Lang – je nach Zinshöhe – gehört ihnen dann das ganze Geld und damit haben sie die Macht über Investoren und Politik. Was ist an dieser Vorgehensweise noch demokratisch? Eine solche Macht steht den Banken nicht zu! Sie sind nichts anderes als Dienstleister und sollten lediglich dafür sorgen, dass Geld nur an diejenigen verliehen wird, die die Rückzahlung höchstwahrscheinlich leisten können. Für diese Dienstleistung sollten sie bezahlt werden – mehr nicht. Es kann nicht richtig sein, dass Banken mit fremdem Geld Reichtum und Macht erwerben. Deshalb wird die *Humane Marktwirtschaft* Banken zu dem zurückführen, was ihre eigentliche Bestimmung ist: Dienstleister.

Der Konsum auf Kredit im privaten Bereich ist volkswirtschaftlich und gesellschaftlich schädlich. Letztlich haben die Banken dieses Verhalten, propagiert, um durch Zinsen Gewinne zu ihren Gunsten abzuschöpfen. Weil aber nur das verbraucht werden kann, was bereits geschaffen worden ist, ist es sinnvoller, zuerst anzusparen und dann zu konsumieren. Das gilt natürlich nicht für große Investitionen, wie zum Beispiel Fabrikanlagen oder Immobilien. Hierfür muss und wird es weiterhin Kredite geben, um eine zeitnahe Finanzierung zu ermöglichen. Im konsumtiven Bereich hingegen wird das Kreditwesen in der *Humanen Marktwirtschaft* eher restriktiv gehandhabt. Der Umfang des privaten Verbrauchs von Konsumgütern wird dadurch nicht beeinträchtigt. Im Gegenteil wird er gefördert, weil die Zinsleistungen auf den Verbrauch entfallen. Er findet lediglich etwas später statt, was jedoch in der Kontinuität nichts ändert. Die eingesparten Zinsen können jetzt sogar dem Verbrauchsumsatz zugeschlagen werden.

Was sich dann notgedrungen einstellen wird, ist ein gewisser Mentalitätswechsel bei nicht wenigen Konsumenten. Ist doch die Haltung „Konsumbefriedigung sofort“ gerade auch bei jungen Leuten weit verbreitet. Ich habe etwas gesehen, das mir gefällt, oder mein Kumpel hat das schon, dann muss ich das auch unbedingt sofort haben, auch wenn ich das Geld dafür (noch) gar nicht habe. – Diese geradezu zwanghafte Konsumgier wird einen deutlichen Dämpfer erfahren. Man wird eher zurückkehren zu der Haltung, wie sie Menschen der älteren Generation pflegen, weil sie es nie anders kennengelernt haben: Diese oder jene Anschaffung wird erst dann getätigt, wenn ich das Geld dafür habe. Auf Pump geht gar nichts.

In der *Humanen Marktwirtschaft* haben die Banken durchaus wichtige Aufgaben zu erfüllen. Sie müssen dafür sorgen, dass Geldscheine rechtzeitig vor dem Ablaufdatum ausgetauscht werden; sie sind die Schnittstelle zwischen Bürger und Wertspeicher; sie vermitteln die Vergabe von Krediten. In der Wahrnehmung allein dieser Aufgaben sind sie dann tatsächlich das, wofür sie sich heute in ihrer geschönten Eigenwerbung gern ausgeben: Finanzdienstleister – und für diese Dienstleistung werden sie bezahlt. Was Banken in der *Humanen Marktwirtschaft* nicht dürfen, ist, Zinsen zu ihren Gunsten einfordern. Das aus dem einfachen Grund, weil sie kein eigenes Geld haben, abgesehen von dem, das sie für ihre Dienstleistung erhalten und mit dem sie Löhne und Gehälter sowie die Kosten zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs finanzieren. Sorgfältiges Wirtschaften ist dann auch an der Stelle gefragt, denn die Banken stehen im gegenseitigen Wettbewerb. Ein Bonus-/Malus-System wird gewährleisten, dass die Banken bei der Kreditvergabe seriös und verantwortungsvoll agieren.

Restriktive Kreditvergabe

Die Kreditvergabe an sich ist in der *Humanen Marktwirtschaft* anders geregelt als bisher. Grundsätzlich ist es möglich, Kredite aufzunehmen, doch es muss sichergestellt sein, dass nicht mehr Geld verliehen wird, als verbraucht werden kann. Die *Humane Marktwirtschaft* regelt das sehr einfach: Kredite können nur aus dem Überschuss des Wertspeichers vergeben werden, also nur dann, wenn im Wertspeicher Geld vorhanden ist, auf das noch niemand zugegriffen hat, der eine erstrangige Berechtigung hat. Zur Erinnerung: Den ersten Zugriff haben immer diejenigen, die über direkte Zertifikate verfügen, also ihr Geld im Wertspeicher gesichert haben. Dann kommen Kreditvergaben und was dann noch übrig ist, darf/muss der Staat für Investitionen verwenden.

Der Ablauf einer Kreditvergabe geht folgendermaßen: Der Kreditnehmer fragt bei der Bank an. Diese nimmt zwei Überprüfungen vor: Ist der Kreditnehmer kreditwürdig und steht die angefragte Summe aus dem Wertspeicher zur Verfügung? Können beide Prüfungen positiv beschieden werden, wird der Kredit vergeben, und zwar so: Die Bank greift auf den Wertspeicher zu und schreibt dem Kreditnehmer die Summe gut. Der Schuldner schuldet jetzt dem Wertspeicher Geld, nicht der Bank. Diese erhält für ihre Dienstleistung eine Vergütung, die allerdings nicht von der Höhe des Kredits abhängig ist, sondern von dem Aufwand, den die Bank für ihre Prüfungen und die Transaktion leisten musste.

Natürlich ist es notwendig, dass der Schuldner für seinen Kredit Zinsen zahlt, nicht zuletzt auch als Anreiz, die Forderungen regelmäßig zu bedienen und den Kredit möglichst schnell wieder abzulösen. Die *Humane Marktwirtschaft* unterscheidet zwischen zwei Arten von Krediten: Investitionskredite – dazu zählen auch Hypotheken – und Verbraucherkredite. Entsprechend wird es nur zwei festgelegte Zinssätze geben: Drei Prozent für Investitionskredite und 12 Prozent für Verbraucherkredite. Investitionen sollen nicht durch hohe Zinsen be- oder verhindert werden, Verbraucherkredite schon. Indem die letzteren gezielt unattraktiv gestaltet werden, sollen die Menschen, wie bereits gesagt, zu dem eher natürlichen Verhalten zurückgeführt werden, dass zuerst angespart und dann

konsumiert wird.

Die erzieherische Komponente, die mit der restriktiven bzw. unattraktiven Vergabe von Verbraucherkrediten einhergeht, ist durchaus gewollt. Viele Menschen lassen sich von dem Überangebot und der Glitzerwelt der Schaufenster-Auslagen blenden und verführen. Das böse Erwachen kommt erst dann, wenn das Konto heillos überzogen ist und die laufenden Kosten für die Lebenshaltung und erst recht die Kreditraten nicht mehr bedient werden können.

Deshalb wird die bislang übliche Praxis, sein Konto überziehen zu können, gänzlich abgeschafft. Es ist einfach unsinnig, mit einem dauerhaft überzogenen Konto zu leben. Spätestens dann, wenn der Überziehungsrahmen ausgeschöpft ist, wird der Unsinn dieser Praxis spürbar. Man hat jetzt weniger Geld im Monat zur Verfügung, weil Zinsen – sehr hohe Zinsen – für den Überziehungskredit bezahlt werden müssen. Dieser andauernde Nachteil steht in keinem Verhältnis zu dem einmaligen und kurzatmigen Vorteil, seiner Konsumlust voreilig nachzugeben. Sowohl emotional als auch praktisch leben Menschen besser, wenn sie ein angemessenes finanzielles Polster haben, anstatt mit der Bürde von Krediten und Zinsen belastet zu sein.

Um zu verdeutlichen, welch kapitaler Unsinn es ist, mit einem ständig überzogenen Konto zu leben, wollen wir das am Beispiel eines Durchschnittsverdieners illustrieren. Harry Hirsch hat ein Einkommen von 3.000 €/Monat. Seine Bank hat ihm einen Dispo genehmigt, in Höhe von 6.000 €. Innerhalb dieses Rahmens muss er 12 Prozent Zinsen zahlen. Überzieht er diesen Dispo, genehmigt ihm seine Bank einen weiteren Kredit bis zu einer Höhe von 9.000 €. Für diese 3.000 € mehr verlangt die Bank jetzt aber schon 18 Prozent Zinsen. Dann ist für Harry Hirsch endgültig das „Ende der Fahnenstange“ erreicht. Wenn er seine vollen 9.000 € ausgeschöpft hat, muss er insgesamt 1.260 € an Zinsen/Jahr an seine Bank abführen (12 Prozent für 6.000 = 720 + 18 Prozent für 3.000 = 540 = 1.260). Das sind mal eben 100 € jeden Monat – oder ein gepflegtes Abendessen für zwei.

Wenn also Harry Hirsch nicht warten will mit seinen Ausgaben und seinen Überziehungsrahmen bis zum Limit ausschöpft, kann er in Zukunft nur noch 100 € weniger im Monat für sich selbst verbrauchen – und hat noch nicht einen Cent an Schulden abgetragen. Unfreiwillig finanziert er mit seinem Geld jeden Monat einem der Vorstände seiner Bank ein gepflegtes Abendessen. Seine Ungeduld sorgt dafür, dass er sich in Zukunft einschränken muss und nicht einmal mehr auf dem Niveau leben kann, das eigentlich seinem Einkommen entspräche.

Nun gibt es manchmal Lebenssituationen, die nur mithilfe eines Kredits zu stemmen sind. Dann, und nur dann, sollte man finanzielle Unterstützung von der Bank in Anspruch nehmen, und zwar in Form eines richtigen, ehrlichen Kredits. Der Unterschied zu einem Dispo-Kredit ist, dass man es sich zweimal überlegt, einen solchen aufzunehmen, anstatt gedankenlos sein Konto zu überziehen. Bei regulärer Kreditaufnahme sind die Kosten sichtbar. Man erfährt sofort, bevor man unterschreibt, was einen dieser Kredit an Zinsen kosten wird und weiß gleichzeitig, wie lange man wie viel zurückzahlen muss. Allein das wird wohl so manchen nochmals darüber nachdenken lassen, ob er diesen Kredit wirklich braucht oder ob es vielleicht doch auch ohne geht. Aber wenn kein Weg daran vorbei führt, wird es solche Notkredite natürlich auch in der *Humanen Marktwirtschaft* geben. Die von Banken propagierte Praxis, jederzeit seinen Dispo-Kredit in Anspruch nehmen zu können, ist eine böse Falle, die den Kunden ausnimmt und den Banken höchsten Profit beschert. Wir wollen möglichst verhindern, dass Menschen unbedacht in diese Falle tapen.

Weil die Kredite aus Mitteln gezogen werden, die der Allgemeinheit gehören, müssen die dafür erhobenen Zinsen auch wieder der Allgemeinheit zugute kommen. Sie

fließen einem Sozialtopf zu, aus dem soziale Härtefälle bedient werden können. Auf diese Weise wird kein anderer Haushalt belastet und Zinszahlungen dienen einem guten Zweck. Die Verwaltung des Sozialtopfs muss der Staat übernehmen.

Keine Kapitalbildung mehr bei Versicherungen

In der *Humanen Marktwirtschaft* wird es private Versicherungen durchaus geben. Allerdings dürfen diese keine kapitalbildenden Unternehmen im herkömmlichen Sinn sein. Wie jeder an anderer Stelle erwirtschaftete Geldüberschuss, also Geld, das nicht sofort verbraucht wird, müssen auch die Überschüsse aus Versicherungsprämien dem Wertspeicher zugeführt werden. So ist sichergestellt, dass kein Geld dem Umlauf entzogen ist, wenn es nicht zur sofortigen Schadenregulierung verwendet wird. Im Bedarfsfall können/müssen Versicherungen auf ihre Rücklagen im Wertspeicher zugreifen.

Eine Versicherung ist prinzipiell ein ähnliches Umlagesystem wie die Rentenversicherung. Aus den fortlaufenden Einnahmen der Prämien werden die Schadensfälle reguliert. Allein der Besitz von Geld garantiert jedoch noch nicht, dass ein eingetretener Schadensfall auch tatsächlich adäquat reguliert werden kann. Vielmehr bedarf es der menschlichen Arbeitskraft, diese Aufgabe zu erfüllen. In der Betrachtung der notwendigen Überschüsse von Versicherungsunternehmen ist grundsätzlich festzuhalten: Dieses Geld darf nicht als konservierte Arbeit angesehen werden. Speziell im Kontext Versicherung/Schadenregulierung wird deutlich, dass Geld lediglich ein Tauschmittel ist, um die in der Gegenwart zu leistende Arbeit einzukaufen.

Sollte der Fall eintreten, dass eine nicht vorhersehbare Häufung von Schadensfällen oder besonders hohe Schadensforderungen (etwa bei Erdbeben) die von der Versicherung im Wertspeicher angesammelten Überschüsse übersteigen, darf diese kurzfristig auch auf weitere Rücklagen im Wertspeicher zurückgreifen, um die Schäden zu regulieren. Investitionsvorhaben des Staates müssen dann vorübergehend zurückgestellt werden. Damit ist gewährleistet, dass das Wertspeicher-System selbst in Extremsituationen nicht überfordert wird und seinen allgemeinen Verpflichtungen der Bevölkerung gegenüber jederzeit nachkommen kann.

In sensiblen Bereichen besteht Versicherungspflicht, insbesondere dann, wenn die möglichen Schäden das individuelle Regulierungspotential mit hoher Wahrscheinlichkeit überfordert. Zum Beispiel beim Betrieb von Industrieanlagen, Kraftfahrzeugen usw. oder bei Feuerversicherungen. Sobald Versicherungspflicht besteht, ist es ein zweifelhafter Vorgang, Organisation und Abwicklung privaten Unternehmen zu überlassen. Wenn der Staat also den Abschluss bestimmter Versicherungen vorschreibt, muss er diese auch selbst betreiben und die damit erwirtschafteten Überschüsse ebenfalls in den Wertspeicher überführen.

Allgemein gilt für Versicherungen aller Art: Je größer die Gemeinschaft und je breiter gestreut das Risiko, desto sicherer und verträglicher ist die Absicherung. In Extremfällen wie schweren Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Tsunami, Erdbeben usw.) ist es oft so, dass das betroffene Land eine angemessene Schadenregulierung aus eigener Kraft nicht leisten kann und die internationale Staatengemeinschaft zu Hilfe eilt – auch wenn eine vertragliche Verpflichtung dazu nicht besteht. Diese Form globaler Solidarität ist bereits heute gängige Praxis und wird auch künftig möglich sein.

„**Lebensversicherungen**“ im herkömmlichen Sinn, also Kapitallebensversicherungen, gibt es in der *Humanen Marktwirtschaft* nicht, da sie überflüssig sind. Im alten System sind sie nichts anderes als Sparverträge mit schlechten Konditionen, weil der Verwaltungsapparat inklusive Vorständen aus den Prämien bezahlt werden muss – Ausgaben ohne jegliche Wertschöpfung. Abgesehen davon gibt es in der *Humanen Marktwirtschaft* – wir erinnern uns – keine positive Verzinsung von Geld, ebenso

wenig wie Inflation. So kann und muss jeder für sich selbst entscheiden, wie viel von seinem Einkommen er für die Zukunftssicherung zurücklegen will. Diese Rücklagen werden in Form von Anteilen am Wertspeicher gebildet und können jederzeit verwendet werden, zum Beispiel, wenn eine vorübergehende Notsituation es erfordert. Diese Rücklagen haben einen beständigen Wert.

Echte Lebensversicherungen, so genannte Risikolebensversicherungen, gibt es auch in der *Humanen Marktwirtschaft*. Hier werden unkalkulierbare Risiken wie Berufsunfähigkeit oder Tod in der herkömmlichen Form abgesichert. Allerdings mit dem Unterschied, dass die Versicherung für ihre Klienten Anteile am Wertspeicher erwirbt, die dann im Schadensfall an den Versicherten ausgereicht werden. Das hat für den Versicherungsnehmer den Vorteil, dass sein Risiko optimal abgesichert ist und er genau abschätzen kann, wie hoch sein tatsächlicher Bedarf ist. Es steht ihm jederzeit frei, seinen Bedarf an zusätzlicher Sicherheit neu zu definieren und dem entsprechend seine Prämien mit zunehmendem Alter anzupassen.

Versicherungen sind Dienstleister und werden wie Banken als solche entlohnt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass es privatwirtschaftlich organisierte Versicherungen nur noch begrenzt und für ganz bestimmte Risikofälle geben wird. Am Beispiel der Versicherungen wird einmal mehr deutlich, welche Bedeutung der Wertspeicher in der *Humanen Marktwirtschaft* unter anderem hat. Er stellt sicher, dass eine Gesellschaft für ihre Mitglieder immer das leistet, was sie nach aktuellem Stand leisten kann. Damit ist ausgeschlossen, dass wegen „Kapitalmangels“ berechnete Leistungen nicht abgerufen werden können, wie wir es im aktuellen System vermehrt erleben müssen.

Fazit: *Das Kreditkartenwesen wird abgeschafft und Verbraucherkredite werden unattraktiv sein. Damit soll der Konsument zu einem umsichtigen Kaufverhalten ermuntert werden: Erst ansparen und dann kaufen, anstatt in die Schuldenfalle durch Dispo-Kredite zu laufen. Das Bankensystem in der Humanen Marktwirtschaft ist einfach und überschaubar. Banken sind – ebenso wie Versicherungen – Dienstleister und stehen im gegenseitigen Wettbewerb um die Gunst der Kunden. Unerhörte Kapitalansammlungen zu bilden, die die Demokratie in Gefahr bringen können, ist nicht mehr möglich. Dreh- und Angelpunkt für die praktischen Abwicklungen im neu strukturierten Banken- und Versicherungswesen ist der Wertspeicher.*

Auf Erbschaftssteuer kann verzichtet werden

Sterben und erben

Wir, die erste Nachkriegs-Generation, sind aufgewachsen in dem Bewusstsein, dass unsere Eltern dafür arbeiten, damit es uns einmal besser geht als ihnen. Dieses Ziel haben die meisten der Generation unserer Eltern erreicht. Wie sieht es aber mit uns aus? Sind wir nicht auf dem Weg, unseren Kindern und Enkeln eine Welt zu hinterlassen, die an allen Ecken droht, aus den Fugen zu geraten? Was, außer mehr oder weniger fragilen Besitztümern wollen wir vererben? So, wie sich die Welt heute zeigt, müssen wir uns schämen, so wenig aus dem doch gewaltigen technischen Fortschritt für das Wohl unserer Nachkommen gemacht zu haben.

So oder so, wer stirbt, hinterlässt etwas auf dieser Erde, er vererbt etwas. Was, wie viel und in welcher Weise, ist enorm wichtig dafür, wie die Zukunft unserer Nachkommen aussehen wird. Deswegen haben wir für die *Humane Marktwirtschaft* ein möglichst gerechtes Erbrecht vorgesehen. Eines gleich vorab: Es gibt keine Erbschaftssteuer, aber man kann auch nicht alles vererben. Wir wollen uns nicht an der Diskussion darüber beteiligen, inwieweit es „gerecht“ sein kann, wenn Menschen qua Geburt reicher sind als andere. Darüber gibt es zu viele und zu emotional belastete Standpunkte, die schwerlich

in Einklang zu bringen sind. Wir nehmen es als gegeben, dass Menschen nicht mit gleichen Voraussetzungen in ihr Leben eintreten. Mit unserem Erbrecht wollen wir in der *Humanen Marktwirtschaft* aber dafür Sorge tragen, dass nicht ganze Dynastien durch wundersame und leistungslose Geldvermehrung „auf Ewigkeit“ immer mehr Geld und Macht anhäufen können. Das langfristige Ziel unseres Systems ist, die Macht des Geldes zu eliminieren und so jedem eine reale Chance zu bieten, entsprechend seiner Fähigkeiten in dem Wohlstand zu leben, der seiner eigenen Leistung entspricht.

Die *Humane Marktwirtschaft* sieht vor, dass nur auf Kapitalerträge Steuern erhoben werden, also auf Einkommen, die mehr oder weniger leistungslos erzielt werden. Auf diese Weise gibt es bereits einen Sozialausgleich. Wenn solche Besitztümer vererbt werden, dann werden aus den Erträgen weiterhin Steuern eingezogen, die Allgemeinheit verliert nichts, auch wenn die Erbschaft als solche nicht mit Steuern belastet wird. Man kann also alles vererben, was reale Güter sind, inklusive Besitzanteilen an Firmen oder eben Aktien, ohne dass für diesen Erbvorgang Steuern anfallen.

Mit den Guthaben im Wertspeicher ist das anders. Sie können – mit einer Ausnahme – überhaupt nicht vererbt werden. Hier orientieren wir uns wieder am deutschen Rentensystem. Auch die Rentenansprüche sind nicht vererbbar, der Anspruch erlischt mit dem Tod. Betrachtet man die Situation des Durchschnittsbürgers, dann dürfte es sowieso in den meisten Fällen so ausgehen, dass mit dem Tod das meiste an Guthaben im Wertspeicher aufgebraucht ist. Die Guthaben sind ja so angelegt, dass sie wie eine Rente im dritten Lebensabschnitt in Anspruch genommen werden.

Aber betrachten wir diejenigen, die etwas – oder viel – mehr auf die hohe Kante legen konnten. Da können unter Umständen schon erhebliche Summen „übrig“ bleiben. Dass diese nicht vererbt werden können, hat mehrere positive Effekte. Der Eigentümer der Anteilsrechte im Wertspeicher wird darauf bedacht sein, möglichst viel, möglichst sinnvoll zu investieren in reale Güter oder Aktien, die er dann vererben kann. Das regt die Wirtschaft an und sorgt dafür, dass es ausreichend Kapitaleinkünfte geben wird, die versteuert werden müssen. Diese Steuern fließen auch nach seinem Tod weiter, nur mit dem Unterschied, dass sie jetzt eben von seinen Erben eingezogen werden. Und wer das Glück hat, im Alter über ein ordentliches Rücklagen-Polster im Wertspeicher zu verfügen, wird Interesse daran haben, so lange es seine Gesundheit erlaubt, mehr Geld für ein angenehmes Leben (z.B. Reisen) auszugeben. – Auch gut für die Wirtschaft.

Nun wissen wir aber, dass Menschen dazu neigen, Regeln zu ihrem oder zum Vorteil ihrer Nachkommen so auszulegen, dass die Sippe maximalen Vorteil hat. Es wäre denkbar, dass ein Mensch im Angesicht seines nahen Todes alles, was er im Wertspeicher angesammelt hat, seinen Nachkommen schenken will. Da spricht grundsätzlich nichts dagegen, denn auch das würde die Wirtschaft anregen. Um das an dieser Stelle nochmals zu betonen: Die *Humane Marktwirtschaft* will die Höhe der individuellen Einkommen nicht begrenzen. Sie will aber dafür sorgen, dass Ansprüche aus diesem Vermögen, die ein Mensch nicht für sich selbst verbrauchen konnte, nicht dazu führen, dass die Nachkommen ein leistungsfreies Wohllleben genießen können, das sich von Generation zu Generation steigert. Im Gegenteil soll die Besteuerung der Einkommen auch aus ererbten Gütern eine gewisse soziale Gerechtigkeit herstellen. Auch hier kommt nach unserer Auffassung § 14 des Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet...“ zum Tragen.

Ohne klare Regeln und Kontrollmechanismen kann nicht verhindert werden, dass jemand vor seinem Tod sein Wertspeicherkonto räumt und dieses Vermögen einfach verschenkt. Die *Humane Marktwirtschaft* soll das freieste System aller Zeiten sein und deswegen wollen wir hier zwei Aspekte betrachten. Statistisch gesehen, wird es sich um eine Minderheit im unteren einstelligen Prozentbereich handeln, die tatsächlich nennenswerte Summen in ihrem Wertspeicherkonto haben, wenn ihr Tod naht. Wir

erachten es als unnötig, für diese Minderheit Vorschriften zu erfinden, die dann alle betreffen und deswegen nicht so einfach allgemeine Zustimmung finden werden. Allerdings wollen wir auch bei der Behandlung dieser Minderheit nicht auf eine Sozialkomponente verzichten. Deshalb wird es eine Schenkungssteuer geben, die sich an dem Verfahren orientiert, das bereits heute in Kraft ist.

Die *Humane Marktwirtschaft* macht bei der Schenkungssteuer keinen Unterschied zwischen Verwandten und Fremden. Jeder kann Schenkungen steuerfrei annehmen, bis zu einer Höhe von 50.000,- €, akkumuliert über einen Zeitraum von zehn Jahren. Jede Schenkung oberhalb der Bagatellgrenze von 3.000,- € muss gegenüber der Wertspeicherverwaltung deklariert werden, und zwar sowohl vom Schenkenden, als auch vom Beschenkten. Diese Vorschrift entspricht der heutigen Praxis gegenüber dem Finanzamt. Sobald die als Geschenk empfangene Summe die 50.000,- € in zehn Jahren überschreitet, müssen Steuern dafür entrichtet werden – in gleicher Höhe wie für Kapitaleinkünfte. Schließlich handelt es sich hierbei auch um ein leistungsfreies Einkommen.

Die Wertspeicherverwaltung hat die volle Übersicht über diese Schenkungsvorgänge, darf darüber jedoch niemand Auskunft erteilen – siehe Bankgeheimnis. Wenn jemand versäumt, Schenkungen zu deklarieren, um so der Steuerpflicht entgehen zu wollen, werden Strafsteuern fällig, und zwar in Höhe analog des Steueranfalls. Der Schenkende selbst muss diese abführen, wenn er seiner Meldungspflicht nicht nachgekommen ist. Wer also seine Deklarationspflicht vernachlässigt, wird mit höchster Wahrscheinlichkeit doppelt zur Kasse gebeten: Schenkender und Beschenkter. So, wie es heute bereits üblich ist, wird die Wertspeicherverwaltung eine Gegenprüfung vornehmen, ob Schenkungen auf beiden Seiten ordnungsgemäß deklariert worden sind.

Nun zu der Ausnahme in Bezug auf den Verfall des Wertspeicherguthabens im Todesfall. Das Wertspeicherkonto wird dem hinterbliebenen Ehepartner steuerfrei überschrieben, und zwar in gestaffelter Höhe, je nach Ehedauer – so wie es heute gängige Praxis für Renten und Pensionen ist. Zwei Prozent pro Ehejahr. Darüber hinaus gibt es die Vorschrift für Ehepaare, Einlagen in den Wertspeicher zu gleichen Teilen auf die Konten beider Gatten zu verteilen. Mit dieser Regelung ist sichergestellt, dass es im Fall einer Scheidung in dieser Hinsicht keine Streitigkeiten gibt (Zugewinnausgleich). Weiterhin ist sichergestellt, dass die finanzielle Lebensplanung eines Ehepaars nicht zusammenbricht, wenn einer der beiden ablebt. Kein Paar muss sich Sorgen machen um die Versorgung des hinterbliebenen Partners. Dasselbe Verfahren der Gutschrift für Ehepaare gilt für die Ansprüche aus Firmenrenten.

Fazit: *Das Erbrecht in der Humanen Marktwirtschaft ist kein Umverteilungssystem, dem Erbberechtigten wird nichts genommen. Doch wer viel erbt, leistet seinen Beitrag zum Allgemeinwohl durch die Steuern auf seine Kapitaleinkünfte. Der heutige Zustand, von den Zinsen zu leben, ohne dass das Kapital weniger wird bzw. sich noch vermehrt, ist ausgeschlossen. Wertspeicheranteile können bis auf eine Ausnahme (Ehepartner) nicht vererbt werden. Langfristig gesehen, wird sich so die momentan herrschende Ungleichheit der Besitzstände reduzieren. Das ist das Ziel.*

Die letzten Teile der HMW behandeln den internationalen Handel und einen möglichen sanften Übergang zum neuen System. Sie sind ebenso logisch aufgebaut wie leicht verständlich wie das gesamte Werk. Wenn Sie Interesse daran haben, wie gut und gerecht, ohne Ausbeutung, die Weltwirtschaft funktionieren könnte, dann besorgen Sie sich das ganze Werk für nur 15,- € in Ihrem Buchhandel oder bestellen es direkt beim Verlag unter dieser Adresse:

<https://anderweltverlag.com/p/die-humane-marktwirtschaft>